

Vorweg die Ukraine Berichte Teile 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1. -

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-10.pdf>

(Tipp: Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

### Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

## Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 11:

.) **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:** <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt#c86737> Ukraine: In der aktuellen Lage ständig aktualisiert. Für Lehrpersonal und Schüler:innen.

.) **Ukraine-Krieg: Offener Brief fordert von Scholz Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine:** <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/offener-brief-fordert-von-scholz-stopp-der-waffenlieferungen-an-die-ukraine-li.223704> Ein offener Brief, der unterzeichnet wurde von Daniela Dahn und Konstantin Wecker, fordert den Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine.

**Die Unterzeichner\*innen des Aufrufs empfehlen der Ukraine schlicht die Kapitulation.** Die Unterzeichner\*innen gehen also davon aus, dass unter den Bedingungen einer militärischen Besatzungsdiktatur und massenhafter Deportation von potentiellen Oppositionellen sich eine lebendige Zivilgesellschaft herausbilden könne, die schließlich die russischen Truppen friedlich zum Abzug bewegen könne. Diese Vorstellung mutet geradezu grotesk an. Sie nimmt die vom Putin-Regime selber offen formulierten Kriegsziele nicht ernst. Putin erklärte seit 2014 mehrfach in aller Offenheit und Klarheit, dass er das Existenzrecht der Ukraine als Staat und einer ukrainischen Nation bestreitet. **Eine solidarische Antikriegsbewegung** würde nicht den ukrainischen Widerstand gegen die russische Besatzungsarmee behindern, sondern sich auf die Seite der Gewerkschaften und Nachbarschaftskomitees in der Ukraine sowie der hart unterdrückten Antikriegsbewegung in Russland stellen. Die Solidarität mit dem Widerstand von unten gegen die äußeren und inneren Kräfte der

Herrschaft; das muss die Orientierung einer lebendigen Antikriegsbewegung werden. **Putin hat** auch in diesen Tagen wieder unmissverständlich klargemacht, dass er keinen Spielraum für Verhandlungen sehe. Was soll die Ukraine tun, wenn Putin eben größere Ziele verfolgt? In der Logik der Unterzeichnenden müsste die Ukraine dann aufgeben und sich dem Schicksal einer Teilung des Landes fügen.

**.) Rosa Burc: Warum verurteilen wir den Krieg Russlands, aber nicht den der**

**Türkei?** : <https://www.zeit.de/zett/politik/2022-04/kurdistan-tuerkei-russland-ukraine-doppelmoral-westen> - Den russischen Angriffskrieg sanktionieren wir. Doch bombardiert unser Nato-Bündnispartner Türkei Kurd:innen, schauen wir lieber weg. Über westliche Doppelmoral.

**.) Atomkrieg? Nein, danke!** : - <https://perspective-daily.de/article/2116-atomkrieg-nein-danke/probiere> - Der Krieg in der Ukraine hat das Szenario Atomkrieg schlagartig wieder aktuell gemacht. Nach diesem Text verstehst du, wie die Menschen arbeiten, die das verhindern wollen.

**.) soziale Verteidigung Ukraine - BSV in Dom :**

<https://www.derdom.de/2022/04/28/soziale-verteidigung-ist-besserer-schutz/> -

Ostern empfing Papst Franziskus den Bürgermeister von Melitopol. Ihn hatten die Russen gefangen genommen, nach massiven Protesten aus der Bevölkerung und auf internationalen Druck kam er frei. In seine Stadt darf er allerdings nicht zurück. Wie verteidigt man eine Stadt vor einem Angreifer – mit Waffen? Nein, sagt der Bund für Soziale Verteidigung aus Minden. Wenn eine Stadt nicht zur Ruine werden soll, dann müsse es anders gehen. Ein Gespräch mit Vorstandsmitglied Ulrich Stadtmann. Mit Ulrich Stadtmann sprachen Claudia Auffenberg und Patrick Kleibold.

Herr Stadtmann, was ist die Idee der Sozialen Verteidigung?

Ulrich Stadtmann: “Wir sehen gerade mit Erschrecken in der Ukraine: Wenn eine Stadt militärisch verteidigt wird, wird alles zerstört, was man eigentlich verteidigen will. Soziale Verteidigung beruht auf der Überlegung, dass ein Angreifer, der ein Land beherrschen will, die Zusammenarbeit mit der dortigen Bevölkerung braucht. Durch zivilen Widerstand und selbstbestimmte „dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“ wird versucht, sich dem Angreifer entgegenzustellen, sodass Wohnungen, die Energie- und Wasserversorgung heil bleiben, dass die Lebensmittelversorgung stabil bleibt sowie Krankenhäuser, das Bildungswesen und die Müllabfuhr funktionieren. Das alles ist das Interesse der Zivilbevölkerung, aber

eben auch des Angreifers. Um eine Stadt zu beherrschen, die auf allen Ebenen die Zusammenarbeit verweigert, braucht der Angreifer einen riesigen Personaleinsatz. Deswegen kommt es auf die unteren Ebenen einer Stadtverwaltung und des Wirtschaftslebens an, die dann Anordnungen verweigern oder missverstehen und soweit möglich das weitermachen, was sie bisher gemacht haben, und nicht den Aggressor unterstützen.“

### **.) Der Ukraine-Krieg – immense Herausforderung für die Friedensbewegung :**

[https://frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2022/2022-04-05\\_Henken\\_Ukraine-Krieg.pdf](https://frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2022/2022-04-05_Henken_Ukraine-Krieg.pdf)

- Russland griff am 24. Februar ohne Vorwarnung die Ukraine an. Dieser Überfall auf den Nachbarn hat überrascht, nachdem Russland zuvor ständig behauptet hatte, seine Truppenzusammenführung – von 150.000 Soldaten war zuletzt die Rede - nahe der ukrainischen Grenze diene lediglich Übungszwecken, ein Angriff sei nicht geplant. Allein dieser Wortbruch löst große Ängste und Verunsicherungen über die Glaubwürdigkeit Russlands aus. Das ohnehin schwache Vertrauen scheint gänzlich zerrüttet. Die zuvor angekündigten Sanktionen sind immens. Russland nimmt sie auf sich, was eine langfristige Schädigung der Wirtschaft zur Folge hat. Jetzt, 41 Tage nach Kriegsbeginn, sind die von Russland angerichteten Schäden für die ukrainische Bevölkerung sehr, sehr groß und sehr, sehr schmerzhaft. Der Krieg ist noch nicht zu Ende. Allein 10 Millionen Menschen mussten ihr Zuhause zwangsweise verlassen. Das ist jeder vierte Einwohner oder vierte Einwohnerin. Vier Millionen von ihnen suchten Sicherheit im Ausland. Die materiellen Schäden sind noch nicht zu ermessen. Ausgegangen wird von einem Rückgang der ukrainischen Wirtschaftsleistung um 35 Prozent in diesem Jahr.<sup>1</sup> Ein Drittel der Betriebe liegt lahm. Die Folgen der Sanktionspolitik außerhalb des Landes in Europa, Afrika und Asien sind überhaupt nicht absehbar. Die Frage stellt sich, was kann es für einen Grund geben, die Verantwortung für diese Katastrophe zu übernehmen?

Hat es keine Alternative gegeben? Muss es nicht eine Alternative geben angesichts dieses unermesslichen Leidens, die dieser Angriffskrieg auslöst? Am 24. Februar war in den NATO-Staaten das Urteil gefällt: Russland bricht das Völkerrecht. Der Krieg sei durch nichts zu rechtfertigen. Die Verurteilung für den Angriff ist damit umfassend. Die drastischen Sanktionen seien a verdient und b notwendig, um den Krieg schnellstmöglich zu beenden. Derjenige, der ihn als einziger beenden könne, sei der russische Präsident. So lautet das gängige Narrativ hierzulande.

Folglich war die Zustimmung zu Scholz' gigantischem Aufrüstungsprogramm groß, selbst Waffenexporte in Kriegsgebiete, über Jahrzehnte undenkbar, wurden urplötzlich bejubelt. Was folgt daraus für die Friedensbewegung? Treffen all die angesprochenen Prämissen über die russische Gefährlichkeit zu? Ja, dann muss

Deutschland massiv aufrüsten, dann bleibt nur das, was mit deutscher Kriegsbereitschaft gemeint ist übrig.

Die Frage stellt sich, ist das alles wirklich so? Muss man nicht mehr darüber nachdenken, warum es dazu gekommen ist? Ich finde, man muss sich die Mühe machen, die Genese des Krieges nachzuzeichnen, um durch die Vielzahl von Lügen, die insbesondere vor und in Kriegszeiten Blüten treiben, den Überblick nicht zu verlieren. Zugegeben, es ist schwer.

**.) Der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe** : [https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/AGs/Globalisierung\\_und\\_Krieg/reader/20220318\\_AG\\_GuK\\_Ukraine.pdf](https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/reader/20220318_AG_GuK_Ukraine.pdf) - Der vorliegende Text ist ein Hintergrundpapier. Wie der Name sagt, geht es darum, Hintergründe und Zusammenhänge in den Blick zu nehmen, Ursachen zu analysieren, das Einzelne in seinen strukturellen und historischen Kontext des Ganzen zu stellen. Dieser methodische Ansatz entspricht dem Verfahren, das emanzipatorische Gesellschaftsanalyse schon immer verfolgt. So beruht z.B. deren Kapitalismuskritik auf einem systemischen Verständnis von Kapitalismus, aus dem heraus die Einzelphänomene (dialektisch) interpretiert werden und verbindet das mit ihrer historischen Entwicklung. Nicht nur linke Gesellschaftskritik denkt so. Auch die Klimaforschung, um nur ein Beispiel herauszugreifen, tut das. Wenn es in Norddeutschland einen verregneten Sommer gibt, ist das keine Bestätigung zur Leugnung des Klimawandels. Einzelne Wetterereignisse stehen in einem klimatischen Gesamtzusammenhang und dessen Evolution. Zwar verschwindet das Einzelphänomen nicht, aber es wird in eine Relation zum Ganzen gesetzt.

Eigentlich sind das Basics für jedes aufgeklärte Denken. Aber in der gegenwärtigen<sup>1</sup> Debattenlage um den Ukraine-Krieg ist eines der markantesten Phänomene, dass bis in Teile der gesellschaftlichen Linken hinein das einzelne Ereignis von seinem historischen und strukturellen Kontext abgetrennt und zum singulären Ereignis und moralischen Absolutum gemacht wird, das nicht mehr diskutiert werden darf. Das singularisierte Ereignis, um das es hier geht, ist der russische Angriff auf die Ukraine. Er ist ein gravierender Bruch des Völkerrechts und eine neue Qualität von Gewaltanwendung in einer seit langem sich drehenden Konfliktschpirale. Er nimmt humanitäre Katastrophen und das Risiko eines Kontrollverlusts mit unabsehbaren Folgen in Kauf. Global wird er, wie immer der Krieg ausgeht, die geopolitische<sup>2</sup> Konfrontation und damit die Unsicherheit in der Welt verschärfen.

**. ) Was die Ukraine jetzt braucht: Weg von der Sprache des Krieges, hin zum Frieden:** <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/was-die-ukraine-jetzt-braucht-weg-von-der-sprache-des-krieges-hin-zum-frieden-li.218801?pid=true>

Europa muss sich anstrengen, Selenskyj bei den Friedensverhandlungen zu helfen. Frieden hat seinen Preis. Und ein Frieden in der Ukraine ist diesen Preis wert. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit allen seinen Grausamkeiten geht bereits in die fünfte Woche, und ein Ende ist nicht in Sicht. Täglich sehen wir herzerreißende Bilder von entsetzlichem menschlichen Leid, von der Tötung von Zivilisten, von der Verschlechterung der grundlegenden Lebensbedingungen, von der enormen Zerstörung des menschlichen Lebensraums und der Infrastruktur und von Ukrainern, die auf der Flucht sind. Es ist Krieg und den bezahlten Ukrainer jeden Tag mit ihrem Blut.

**.) Warnung vor weiterer Kriegseskalation:** <https://taz.de/Warnung-vor-weiterer-Kriegseskalation/!5851654/> Offener Brief an Scholz polarisiert, „In der „Emma“ warnen Prominente aus Kultur und Medien den Kanzler vor einem Dritten Weltkrieg. Der Brief sorgt für eine Kontroverse.

In einem offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) haben 26 Prominente aus dem Kultur- und Medienbetrieb vor einer weiteren Eskalation des Ukrainekriegs gewarnt. Zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des am Freitag auf der Website der Zeitschrift *Emma* veröffentlichten Dokuments gehören die Filmemacher Andreas Dresen und Alexander Kluge, die Schriftsteller Martin Walser und Juli Zeh, der Journalist Ranga Yogeshwar, Sozialpsychologe Harald Welzer, Strafrechtlerin Elisa Hoven sowie *Emma*-Herausgeberin Alice Schwarzer.

Die Prominenten begrüßen, dass der Bundeskanzler die Risiken einer weiteren Kriegseskalation bisher „so genau bedacht“ habe. Sie hoffen allerdings, dass sich Scholz auf seine „ursprüngliche Position“ besinne „und nicht, weder direkt, noch indirekt, weitere Waffen an die Ukraine liefern“ wird. Zwar teilen die Autorinnen und Autoren die Ansicht, dass Russland Völkerrecht gebrochen habe und es eine „prinzipielle politisch-moralische Pflicht“ gebe, vor Gewalt nicht ohne Gegenwehr zurückzuweichen.

Allerdings gebe es Grenzen, wenn das Risiko eines atomaren Konflikts in Kauf genommen werde und das Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung zu groß werde. Über Letzteres dürfe nicht alleine die ukrainische Regierung entscheiden. Die Verantwortung für die Eskalationsgefahr gehe auch diejenigen an, die dem Aggressor „sehenden Auges ein Motiv zu einem gegebenenfalls verbrecherischen Handeln liefern“.

„Die unter Druck stattfindende eskalierende Aufrüstung könnte der Beginn einer weltweiten Rüstungsspirale mit katastrophalen Konsequenzen sein, nicht zuletzt auch für die globale Gesundheit und den Klimawandel“, heißt es in dem Brief. Es gelte, einen weltweiten Frieden anzustreben.

Im Netz sorgte der offene Brief für eine Kontroverse. Viele Follower:innen auf [Twitter](#) und Instagram warfen den Unterzeichnern Gutgläubigkeit und „Sofa-

Pazifismus“ vor. So twitterte etwa der grüne Europaabgeordnete Erik Marquardt: „Wer schreibt, dass der Widerstand gegen den Angriffskrieg das Leid unter der ukrainischen Zivilbevölkerung erzeugt, aber in keinem Satz von Vergewaltigungen oder Butscha redet, steckt entweder in einer Heile-Welt-Blase oder hat nicht ganz so erfolgreich nachgedacht“.

**.) Diese Rede hätten wir gerne vom Bundeskanzler gehört – doch sie kam von Alexander Gauland** : <https://www.nachdenkseiten.de/?p=83396#more-83396> - Von Jens Berger

**.)Vor 35 Jahren warnte Helmut Schmidt mit dieser weitsichtigen Analyse vor Russland** – doch Putin schätzte auch er später falsch ein und wurde dennoch zum Putin-Versteher und rechtfertigte die Annektierung der Krim:

<https://www.businessinsider.de/politik/vor-35-jahren-warnte-helmut-schmidt-weitsichtig-vor-russland-doch-putin-schaetzte-auch-er-falsch-ein/> -

In Bezug auf Russland hadert Deutschland mit seinen jüngsten Alt-Kanzlern. Angela Merkel (CDU) schweigt zum Ukraine-Krieg. Ihr Vorgänger Gerhard Schröder (SPD) steht unverdrossen für Wladimir Putin. Die SPD tut sich darüber hinaus schwer, ihre Position zu Russland neu zu finden. Nicht nur ihr könnte es helfen, den Blick eine Kanzlergeneration zurückzuwenden: Helmut Schmidt – Bundeskanzler von 1974 bis 1982 – hatte eine klare Haltung und Einschätzung. Er hielt Russland für eine missionarisch geprägte, aggressiv expansive Macht.

In seinen Memoiren, die ab 1987 unter dem Titel „Menschen und Mächte“ erschienen, widmete Schmidt Russland gleich das erste Kapitel: "Mit den Russen leben". Schmidt sieht die damals noch existente Sowjetunion in der Tradition des Zarenreichs. Sein Ausblick auf den sich abzeichnenden Wandel unter Michail Gorbatschow ist skeptisch. Zu tief reiche die "politisch-kulturelle Tradition“ Russlands, die auf Expansion ausgelegt sei. Schmidt nennt dafür viele Gründe. In vielem gibt Putin ihm heute Recht.

Die Analyse Schmidts, der 2015 hochbetagt als weltweit geschätzter Elder Statesmen starb, liest sich aktueller denn je. Hier sind Schmidts wichtigste Thesen und Folgerungen.

### **1. Russischer Messianismus**

(geistige Bewegung, die die religiöse oder politische Erlösung von einem Messias erwartet)

Es gehört zu Russlands Widersprüchen, dass in dem Land, dessen Geschichte von Brüchen geprägt ist, Traditionen in der Politik eine enorme Rolle spielen. Putin

verdankt seinen Aufstieg dem Zerfall der Sowjetunion, die wiederum durch Revolution entstanden war. **Putin aber knüpft unbeirrt sowohl an zaristische als auch stalinistische Traditionen an und sucht den Schulterchluss mit der russisch-orthodoxen Kirche.**

Helmut Schmidt hat diese Kontinuitäten vor Putins Ära so beschrieben: „Lenin – und ebenso Stalin – haben Iwan IV, „den Schrecklichen“, vermutlich zu Recht als den eigentlichen Begründer des absolutistisch-zentralistisch regierten großrussischen Staates betrachtet.“ Mit Iwans Eroberungen „begann die Geschichte der Reichserweiterungen, die eine weitgehende Russifizierung der fremden Völkerschaften mit sich brachte.“

**„Ob unter Iwan IV., Peter I. oder Katharina II, unter Stalin, Chruschtschow oder Breschnew: Trotz mancher Rückschläge ist der russische Drang zur Expansion nie wirklich erloschen. Ihm liegt ein moskautreuzentrischer Messianismus zugrunde, welcher der russischen Staatsidee inhärent geblieben ist. Als Konstantinopel 1453 von den Türken erobert wurde und das oströmische Zentrum der Christenheit verloren ging, erklärte sich Moskau zum 'Dritten Rom' (...) und ein viertes Rom wird es nicht geben. Die Heilsgewissheit erschien in anderer Form in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als moskautreuzentrischer Panslawismus und erneut im 20. Jahrhundert als weltrevolutionärer moskautreuzentrischer Kommunismus.“**

## **2. Chancenlose liberale Demokraten**

Russen haben kaum je in einer echten Demokratie gelebt, jedenfalls nicht lang genug, als dass sich liberal-demokratische Traditionen hätten bilden können. Immer wieder seien Liberale dem national-russischen Messianismus unterlegen.

Schmidt: "Alle Russen, die sich angesichts dieser Frage für die Freiheit der Person und die Unverletzlichkeit ihrer Würde, für die Herrschaft des Rechts und für die offene Gesellschaft entschieden haben, welche die Unterordnung des einzelnen unter einen kollektiven Willen ablehnen und seine Grundrechte höher bewerten als den Anspruch des Staates oder seiner Herrscher – alle diese Russen waren bisher immer eine Minderheit – eine politisch zumeist bedeutungslose Randgruppe. Es erscheint mir fraglich, ob sich dies unter Gorbatschow wesentlich ändern kann – so sehr ich es hoffen möchte."

## **3. Irrtum des Westens: Moralische Illusion statt fester Haltung**

Schmidt sieht es bereits zu seiner Zeit als Fehler, russische Politiker von einer moralischen Überlegenheit westlicher Modelle überzeugen zu wollen. "Es hat wenig Sinn, die Politik der Russen (...) immer wieder mit heutigen französischen, englischen oder amerikanischen Maßstäben zu messen; wir werden sie damit kaum beeinflussen. Noch weniger wird man sie mit moralischen Vorwürfen und Beschuldigungen beeinflussen; im Gegenteil: Dies kann in Moskau zu einem verbissenen Rückzug auf den russischen Messianismus führen."

Ein echter Wandel würde zumindest Generationen dauern. Der SPD-Politiker rät zu

einer illusionslosen, pragmatischen, aber in der Haltung festen Politik: "In der Zwischenzeit ist es nötig, dass der Westen sich vor der weiteren Ausdehnung russisch-sowjetischer Macht beschützt. Schmidt erinnert an den US-Außenpolitiker Geroge F. Kennan, der dies 1947 so beschrieb: 'Das Hauptelement jeder amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion muss bestehen in einer langfristigen, geduldigen, aber zugleich festen und wachsenden Eindämmung der expansiven russischen Bestrebungen'".

#### **4. Russlands Sicherheitskomplex**

Schmidt hatte im Zweiten Weltkrieg selbst als Offizier der Wehrmacht am deutschen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion teilgenommen, unter anderem bei der Belagerung des damaligen Leningrads (heute wieder St. Petersburg). Schmidt tauschte sich mehrmals mit Leonid Breschnew, Ende der 1970er Jahre quasi sowjetisches Staatsoberhaupt, über den Krieg aus. Schmidt wusste um die enormen Opfer der ehemaligen Sowjetunion. Er erkannte aber auch, dass das russische Misstrauen darüber hinausging.

**Schmidt: "Die Führer der Sowjetunion leiden an einem russischen Sicherheitskomplex, der sich erstmals schon nach der Niederlage im 1856 bemerkbar machte." Er fasst diese Haltung mit dem Zitat eines unbenannten Ministers aus der Zarenzeit zusammen: "Die Grenze Russlands ist nur dann sicher, wenn auf beiden Seiten russische Soldaten stehen". Stalin habe auch aus diesem Grund einen „Kranz vorgelagerter Satellitenstaaten“ geschaffen. Die USA hätten darauf mit ihren Allianzen in Europa, Asien und dem Mittleren Osten reagiert. "Dies wiederum war von Moskau als bedrohliche Einkreisung empfunden worden."**

Heute scheint dies in Putins Behauptung durch, die Nato kreise Russland ein. Ein Blick auf die Landkarte entlarvt dies als Komplex.

#### **5. Russlands Minderwertigkeitskomplex**

Im Wettstreit der Ideologien nach dem Zweiten Weltkrieg sei etwas anderes hinzugekommen, schreibt Schmidt: "Das Streben nach gleichwertigem global strategischem Rang und nach 'gleicher Sicherheit' wie die andere Weltmacht war nicht nur verteidigungspolitischer Natur. Es war zugleich die Kompensation für den Inferioritätskomplex der Sowjetunion angesichts ihrer Unfähigkeit, wirtschaftlich mit den westlichen Industriegesellschaften gleichzuziehen."

#### **6. Ein skeptischer Ausblick**

"Die weitgehende Kontinuität russischer Expansion in der Geschichte zu erkennen bedeutet nicht, an geopolitische Determination zu glauben", schreibt Schmidt. "Es scheint sich eher um eine politisch-kulturelle Tradition zu handeln, die das Sendungsbewusstsein, welches ursprünglich von der russisch-orthodoxen Kirche ausging, später von der KPdSU aufgenommen und fortgesetzt wurde, nie aufgegeben hat". Mit dem Blick nach vorn schreibt Schmidt: "Es ist nicht abzusehen,



ob es unter Gorbatschow zu einer wesentlichen, bleibenden Veränderung dieser alten Tradition kommen kann".

Von Putin ahnte Schmidt zu dieser Zeit noch nichts. Die historischen Kontinuitäten, die Putins Denken und Russlands Handeln bestimmen würden, ahnte er gleichwohl.

**Dennoch unterlag auch Schmidt (1918 - 2015) später dem Irrtum, Putin zu unterschätzen. Selbst nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 rechnete Schmidt nicht mit einem Krieg Russlands gegen die Ukraine und schrieb: „Ich traue Putin nicht zu, dass er Krieg will.“**

Mehr noch: Im Mai 2014 kritisierte er westliche Sanktionen gegen Russland: „Die Politik des Westens basiert auf einem großen Irrtum: dass es ein Volk der Ukrainer gäbe, eine nationale Identität.“ Schmidt weiter: „In Wahrheit gibt es die Krim, die Ost- und die West-Ukraine. Die Krim, einst Land der Tataren, kam erst in den 50er-Jahren durch ein ‚Geschenk‘ des russischen Staatschefs Chruschtschow zur Ukraine.“ Den Artikel der "Neuen Osnabrücker Zeitung" zu diesen Äußerungen Schmidts sowie eine Einordnung durch Historiker und die "Bundeskanzler Helmut Schmidt Stiftung" findet ihr hier: <https://www.helmut-schmidt.de/aktuelles/detail/putin-versteher-helmut-schmidt-russland-und-die-ukraine>

### **.) Klimaschutz und Krieg? :**

<https://www.pv-magazine.de/2022/05/02/klimaschutz-und-krieg/> -

Das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde als historisch gefeiert. Man glaubte, dass hierdurch dem Umstieg auf die erneuerbaren Energien und allen sonstigen Klimaschutzmaßnahmen Tür und Tor geöffnet würden. Nicht lange danach erschien der Bericht des IPCC, der auf die sich beschleunigende Erwärmung hinwies und drastisch wie nie zuvor deutlich machte, dass das Zeitfenster für Gegenmaßnahmen dabei ist, sich zu schließen. Es folgte der Bundestagswahlkampf, in welchem sich die Grünen ganz auf Klimaschutz und Energiewende fokussierten und versprachen, die Bürgerenergie von allen bürokratischen Hürden und Hindernissen zu befreien. Ihre Taktik ging auf, so dass sie heute zweitstärkste Kraft in der Bundesregierung sind.

### **Klimawandel schlicht vergessen**

Dann kam der Ukraine-Krieg. Nachdem das „Osterpaket“ zur Novellierung des EEG bereits enttäuscht hatte (siehe u.a. <https://energiewende-2030.de/wp-content/uploads/2022/03/PM-Osterpaketentwurf.pdf> , <https://hans-josef-fell.de/kabinettsentwurf-der-eeg-novelle-bringt-nicht-den-dringend-benotigten-ausbau-erneuerbarer-zur-sofortigen-abloesung-russischer-energie/> , <https://www.pv-magazine.de/2022/03/11/stromsteuer-post-vom-zoll/> ) verkündete Wirtschaftsminister Habeck nun als neue energiepolitische Generallinie „Versorgungssicherheit geht vor Klimaschutz“. Ohne es zu erläutern, schloss er die

erneuerbaren Energien als Mittel zur Versorgungssicherheit aus. Statt dessen ging er bei nahöstlichen Potentaten um Lieferung von LNG bittstellen – also um den klimaschädlichsten Brennstoff überhaupt, von dessen Energie 30% allein für Verflüssigung des Erdgases, Transport und Regasifizierung benötigt werden. Die bürokratische Einkastelung, die er den erneuerbaren Energien weiterhin verordnet, weiß er bezüglich LNG zu beseitigen: Um den Zeitverzug durch langwierige Genehmigungsverfahren für Anlande-Häfen zu vermeiden, hat er schwimmende Terminals geordert und ein „LNG-Beschleunigungsgesetz“ für schwimmende und landgebundene Anlagen bereits in die Ressort-Abstimmung gebracht, wodurch beispielsweise Umweltauflagen außer Kraft gesetzt werden können <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluessiggas-regierung-will-genehmigung-fuer-Ing-terminals-beschleunigen/28292506.html> .

Das alles wird mit einer Selbstverständlichkeit durchgezogen, als habe man von so etwas wie „Klimawandel“ noch nie gehört. Ausgerechnet die Grünen machen sich für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine stark – und damit für die Verlängerung des Krieges, für mehr Tote, mehr Verletzte, mehr Flüchtlinge und für die Freisetzung von so viel Klimagift, dass das Fass der unwiderruflichen Erhitzung nun wahrscheinlich definitiv überlaufen wird.

Die Panzer, die an die Ukraine geliefert werden, verbrauchen 500 Liter auf 100 Kilometer, Kampfflugzeuge pro Stunde 3.500 Kilogramm Treibstoff. Die Gesamtemissionen von Treibhausgasen durch Militär und Rüstungsindustrie sind – auch in sogenannten Friedenszeiten – immens. Im Krieg steigen sie ins Unermessliche <http://www.imi-online.de/2020/07/21/krieg-und-klima/> .

### **Althergebrachte Kategorien heute untauglich**

Die Klimaschutz- und Energiewendebewegung verhält sich merkwürdig still. Das „Recht auf Selbstverteidigung“ könne man nicht in Frage stellen, ist gelegentlich zu hören. Bloß: was für eine „Selbstverteidigung“ ist das denn, die dazu führt, dass die menschliche Zivilisation – und vielleicht höheres Leben überhaupt – hinweggefegt wird?

An dieser Stelle wird deutlich, dass althergebrachte Kategorien, Muster und Rechtsanschauungen heute unbrauchbar geworden sind. In den Jahrtausenden seit Erfindung des Faustkeils ging es darum, dass sich die Menschheit mit Hilfe der Technik gegen die Gefahren und Herausforderungen einer übermächtigen Natur durchsetzt. Heute haben wir diese Natur nicht nur zurückgedrängt und quasi domestiziert, sondern schädigen und zerstören sie – und damit auch diejenigen Bedingungen, die wir als Lebensgrundlage benötigen.

Für die Zukunft stellt sich daher eine absolut neue Aufgabe: Statt die Natur als Gegner oder Feind zu betrachten, gilt es, in eine harmonische Symbiose mit den anderen Lebensformen und überhaupt mit allen Gegebenheiten des Planeten einzutreten. Dementsprechend müssen sich unser Empfinden, unsere Mentalität,

unsere Wertvorstellungen wandeln. Krieg scheidet als Mittel der Auseinandersetzung als allererstes aus.

Die an der Profitmaximierung und nicht am Gemeinwohl orientierte Wirtschafts- und Lebensweise, die die besagten Schäden verursacht hat, wird zu dem nötigen Wandel nicht in der Lage sein. So wie die feudalistische Gesellschaft unfähig war, die moderne Industrie aufzubauen, ist erst recht die kapitalistische Gesellschaft unfähig, jene Symbiose mit der Natur herbeizuführen, die wir in Zukunft brauchen. Denn grundlegende Veränderungen in der Produktionssphäre benötigen stets entsprechende Veränderungen der Gesellschaft.

Dass es kein Vorankommen gibt, wenn diese nicht stattfinden, belegt gerade auch die Geschichte der Grünen: Umweltschutz – und damit nicht das Interesse einer sozialen Gruppe (wie bei allen früheren Parteien), sondern das der ganzen Menschheit – war ihr ursprüngliches Motiv. Der weitere Verlauf war dann aber von zunehmender Anpassung an kapitalistisches Denken und Handeln gekennzeichnet, welche heute einen traurigen Höhepunkt erreicht hat. Diese Entwicklung macht auch deutlich, dass wir keine Herrschaft des Volkes haben. Das Volk darf Sprecher in die Parlamente wählen. Die Lebenswirklichkeit wird aber von den Führern der Wirtschaft, der Produktion, geprägt. Diese stellen sich keiner Wahl und lassen sich von den parlamentarischen Regierungen nur begrenzt beeinflussen.

### **Den Krieg unverzüglich beenden und Klimabilanz ziehen!**

Alexander Kluge, Mitunterzeichner des Offenen Briefes von 28 prominenten Kulturschaffenden und Wissenschaftlern, die Bundeskanzler Scholz von Waffenlieferungen an die Ukraine abraten, sagt im Deutschlandfunk „So schnell wie möglich und um jeden Preis Frieden machen“

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/mut-zur-besonnenheit-aufruf-von-juergen-habermas-und-kulturschaffenden-dlf-kultur-992825e6-100.html> . Friedensforscherin Véronique Dudouet im Interview mit der taz: „Wir können Finanzmittel, Schulungen und andere Ressourcen bereitstellen, um den Ukrainern zu helfen, ihre Fähigkeiten zu massenhaftem zivilem Ungehorsam und gewaltfreiem Widerstand auszubauen.“

<https://taz.de/Friedensforscherin-ueber-den-Ukrainekrieg/!5846168/>

Das stärkste Argument gegen den Krieg hat die Bewegung für Klimaschutz und Energiewende beizutragen. Sie steht nun vor der Aufgabe, die durch den Krieg eingetretene Klimalage zu erfassen und zu ermitteln, was diese für die Einhaltung der Pariser Beschlüsse bedeutet. Sollte das Ergebnis vernichtend und definitiv desillusionierend ausfallen, sollte sie sich nicht scheuen, dies unverblümt zum Ausdruck zu bringen. Der Realität ins Auge zu schauen – egal wie sie ist – ist allemal wertvoller als Vertuschungsversuche.

Im Übrigen sollten die erneuerbaren Energien – insbesondere nach der „bottom-up-Methode“ – verbreitet werden – gerade auch in der Ukraine. Hierbei können sich neue, der Zukunft zugewandte Strukturen herausbilden.

**.) Die Gefahr eines Atomkrieges wächst / Warnung vor weiterer Kriegseskalation:  
Offener Brief an Scholz polarisiert :**

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163425.ukraine-krieg-die-gefahr-eines-atomkrieges-waechst.html> -

Die Bundesregierung und besonders der Bundeskanzler Olaf Scholz stehen unter massivem Druck, schwere Waffen in die Ukraine zu liefern. Der Angriffskrieg Russlands und die schrecklichen Bilder unsäglichen Leids von Zehntausenden Menschen in der Ukraine lösen heftig Empörung aus. Immer lauter wird der Ruf nach Gegenwehr, nach Waffen und nach schweren Waffen. Mögliche Risiken und Nebenwirkungen, die mit diesen Waffenlieferungen verbunden sind, werden ausgeblendet.

Selbstverständlich hat die Ukraine nach der Charta der Vereinten Nationen das Recht zur Selbstverteidigung. Aber muss ein Staat wie Deutschland nicht abwägen, ob Waffenlieferungen in die Ukraine zur Deeskalation beitragen oder vielmehr zu einer Eskalation führen? [Waffen und Militär lösen keine Konflikte](#). Das zeigen uns auf drastische Weise unter anderem die Kriege in Syrien oder im Jemen: Sie hinterlassen Hunderttausende von Opfern, zerstörte Städte und ein Machtvakuum, in dem für die Menschen keinerlei Sicherheit besteht.

**Nd-Kompakt**

Unser täglicher Newsletter nd-Kompakt bringt Ordnung in den Nachrichtenwahnsinn. Sie erhalten jeden Tag einen Überblick zu den spannendsten Geschichten aus der Redaktion. [Hier das kostenlose Abo holen](#).

Natürlich gibt es keine einfachen Antworten auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Der [Ruf nach Waffen](#) ist jedoch eine reflexhafte Reaktion auf Gewalt und Aggression. Gewalt und Gegengewalt führen rasch in eine Eskalationsspirale, die in einer großflächigen Zerstörung der Ukraine mit unzähligen Toten und Millionen Geflüchteten und letztlich im Atomkrieg enden könnte. Der Bundeskanzler sagte in einem kürzlich erscheinenden Interview mit dem »Spiegel«, er tue alles, um eine Eskalation und einen Atomkrieg zu verhindern. Trotzdem hat die Regierung wenige Tage später grünes Licht für Panzerlieferungen von Krauss-Maffei an die Ukraine gegeben. Völkerrechtlich ist es zwar zulässig, einem angegriffenen Land im Rahmen von kollektiver Verteidigung zu Hilfe zu kommen. Allerdings hat jedes Land die Entscheidungsfreiheit darüber, ob es Waffen liefern oder lieber neutral bleiben möchte. Durch die Entscheidung, Waffen an die Ukraine zu liefern, macht sich Deutschland nicht nur selbst zur Kriegspartei, sondern gibt auch die Möglichkeit auf, aus einer neutralen Position heraus eine vermittelnde Rolle zwischen den Kriegsparteien einzunehmen.

**.) Zurückhaltung ist gefährlich,,Kritik an Waffenlieferungen: Zehn Gegenthesen zum offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz und den Debattenbeitrag von Jürgen Habermas : <https://taz.de/Krieg-in-der-Ukraine/!5851764/> -**

In einem **offenen Brief**, der von der Zeitschrift Emma verbreitet wurde, haben deutsche Prominente von Reinhard Mey über Alexander Kluge bis Dieter Nuhr vor einer Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine gewarnt. „Die Lieferung großer Mengen schwerer Waffen könnte Deutschland selbst zur Kriegspartei machen.“ Es drohe die Eskalation des Krieges zum Dritten Weltkrieg, zum atomaren Konflikt. Auch der Philosoph Jürgen Habermas hat in der Süddeutschen Zeitung **ähnlich schwere Bedenken geäußert**. Letztlich entscheide der russische Präsident Wladimir Putin darüber, ab wann er die Unterstützung der Ukraine durch die Nato-Staaten als Kriegseintritt des Westens betrachtet. „Angesichts des unbedingt zu vermeidenden Risikos eines Weltenbrandes lässt die Unbestimmtheit dieser Entscheidung keinen Spielraum für riskantes Pokern“, warnt Habermas.

Diskussionsbeiträge sind nicht überzeugend.

Hierzu einige Gegenthesen:

1. Völkerrecht: Es gibt bisher keine umfassenden völkerrechtlichen Regeln, ab wann der Kriegsbeitritt eines Staates vorliegt. Die Mehrheit der deutschen bzw. westlichen Völkerrechtler hat sich in den letzten Wochen darauf festgelegt, dass die Verhängung von Sanktionen und die Lieferung von Waffen keinen Kriegseintritt darstellt. Erst das Eingreifen von Soldaten der Nato-Staaten führe zu einem Kriegseintritt dieser Staaten. Diese völkerrechtliche Position ist gut vertretbar und in sich konsistent. Sie setzt auch eine klare Grenze.

2. Konsistenz: Deutlich weniger konsistent ist es, die Grenze bei der Lieferung von schweren Waffen wie Panzern anzusetzen und die Lieferung leichter Waffen sowie das Verhängen von Sanktionen als noch ungefährlich anzusehen. Wer kein Risiko eingehen will, dass Putin ein Verhalten als Kriegseintritt werten kann, darf die Ukraine überhaupt nicht unterstützen, das heißt: ihr keinerlei Waffen liefern und gegen Russland keinerlei Sanktionen verhängen. Er müsste völlig neutral bleiben und sollte besser auch auf die – eigentlich eindeutige – Bewertung der russischen Invasion als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verzichten. Denn Russland sieht seine Invasion als gerechtfertigt an, um den nur von Russland anerkannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk gegen einen angeblichen Völkermord der angeblich faschistischen ukrainischen Regierung beizustehen, so die Ausgangslüge dieses Krieges. Eine so weitgehende Neutralität Deutschlands fordern aber selbst die Emma-Prominenten und Habermas nicht.

3. Abschreckung: Bisher hat Putin die Nato-Lieferung von Waffen an die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland nicht zum Anlass genommen, nun das Nato-Gebiet anzugreifen. Das ist aber nicht Ausdruck einer völkerrechtlichen Position Russlands.

Denn verbal hat die russische Seite die Waffenlieferungen durchaus bereits als Kriegsbeitrag bezeichnet. Dass Russland hierauf nicht mit einem Angriff auf Nato-Territorium geantwortet hat (zum Beispiel gegen polnische Bahnhöfe, auf denen Waffen verladen werden), ist wohl ausschließlich eine Wirkung der militärischen Abschreckung der Nato. Denn wenn Russland das Nato-Gebiet angreift, müsste es auch mit Angriffen der Nato auf das eigene Gebiet rechnen. Wenn Russland Atomwaffen gegen Nato-Staaten einsetzt, müsste es auch mit dem Einsatz von Nato-Atomwaffen gegen Russland rechnen. Inzwischen haben zahlreiche Staaten (etwa die USA) auch schwere Waffen an die Ukraine geliefert, ohne dass Russland deshalb die Nato-Staaten angegriffen hat. Dies zeigt, dass bei der Lieferung schwerer Waffen die gleichen Mechanismen der Abschreckung wirken und eben keine „rote Linie“ überschritten wurde und wird.

4. Nicht-Eskalation: Das bisherige Verhalten der Nato war und ist nicht eskalierend. Russland hat die Ukraine unter einem erfundenen Vorwand mit einer gewaltigen Armee militärisch angegriffen, um seine Einflussphäre zu sichern. Das ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Es ist völlig eindeutig, dass die Nato der Ukraine militärisch helfen darf, sich gegen diese rechtswidrige Aggression zu verteidigen. Die Nato ist dazu zwar nicht verpflichtet, weil die Ukraine kein Nato-Mitglied ist, aber sie ist dazu berechtigt, weil die Ukraine ausdrücklich um diese Hilfe gebeten hat. Die Nato verzichtet auf eine Intervention mit eigenen Armeen, weil sie den militärischen Konflikt lokal begrenzt halten will. Es soll ein militärischer Konflikt zwischen Russland und der Ukraine bleiben und kein militärischer Konflikt zwischen Russland und den Nato-Staaten werden. Die Nato vermeidet damit einen Dritten Weltkrieg.

5. Nato-Interesse: Die Nato setzt hier auf Nicht-Eskalation, obwohl sie politisch genügend Gründe hätte, der Ukraine beizustehen. Eine militärische Intervention an der Seite der Ukraine wäre keineswegs nur ein selbstloser Akt der Hilfe für einen rechtswidrig angegriffenen Staat. Schließlich besteht die ernsthafte Gefahr, dass Russland, wenn es gelänge, die Ukraine zu einem Vasallenstaat zu machen, weitere Staaten seiner ehemaligen Einflussphäre (z.B. die baltischen Staaten und Polen) unter erfundenen Vorwänden angreifen würde, um sie von ihren angeblich faschistischen Regierungen zu befreien. Bei einem derartigen Angriff auf Nato-Staaten müssten die übrigen Mitglieder dann auch militärisch eingreifen.

6. Hilfe für die Ukraine: Wenn die Nato-Staaten also auf einen Kriegseintritt verzichten, aber ein elementares Interesse haben, dass die russische Aggression gegen die Ukraine erfolglos bleibt, müssen sie schon aus eigenem Interesse alles tun, um der Ukraine bei ihrer Verteidigung zu helfen und Russland zum Rückzug zu zwingen. Das heißt: Sie müssen der Ukraine schnell und umfassend die Waffen liefern, die sie für die Verteidigung braucht. Und sie müssen so massive Wirtschaftssanktionen verhängen, dass diese möglichst schnell wirkungsvoll sind. Angesichts der großen Nicht-Eskalation (Verzicht auf einen eigenen Kriegseintritt)

gibt es keinen Grund zu noch weitgehender Nicht-Eskalation, wenn man die Interessen der Ukraine und die eigenen Interessen wirklich ernst nimmt.

7. Selbstbestimmung: Man kann es durchaus als moralisch zweifelhaft ansehen, den Konflikt militärisch auf die Ukraine zu begrenzen, obwohl es doch auch um elementare Interessen der Nato-Staaten geht. Indem die Ukraine von der Nato aufgerüstet wird, wird diese aber nicht gegen ihren Willen als Kampffeld missbraucht. Vielmehr fordert die Ukraine diese Aufrüstung selbst massiv ein. Die Ukraine würde zwar einen Kriegseintritt der Nato bevorzugen (etwa indem die Nato-Luftwaffe eine Flugverbotszone über der Ukraine durchsetzt). Die Unterstützung des ukrainischen Kampfes mit Nato-Waffen ist für die Ukraine insofern nur die zweitbeste Lösung, aber es ist immer noch eine sehr erwünschte Lösung.

8. Schutz der Zivilbevölkerung: Natürlich geht dieser Krieg auch auf Kosten der ukrainischen Zivilbevölkerung. Doch zum einen steht diese ganz überwiegend hinter der militärischen Selbstverteidigung ihres Landes und damit auch hinter den Waffenlieferungen an die Ukraine. Zum anderen haben die EU-Staaten eine fundamentale Hilfe für die ukrainische Zivilbevölkerung beschlossen, indem sie der gesamten ukrainischen Bevölkerung freien Zutritt und ein dreijähriges Aufenthaltsrecht in den EU-Staaten ermöglichen. Dieses Angebot gilt auch für ukrainische Männer, die sich nicht an den Kämpfen beteiligen wollen.

9. Gesichtswahrung: Es ist nicht Aufgabe der Ukraine oder der Nato-Staaten, sich zu überlegen, wie Wladimir Putin gesichtswahrend diesen verbrecherischen Krieg beenden kann. Putin hat diesen Krieg mit Lügen begonnen, er kann ihn auch jederzeit mit Lügen seiner Wahl beenden. **Die russische Bevölkerung scheint derzeit auch überwiegend gewillt, Putin jede Lüge zu glauben.** Wenn die neuen Lügen zu einem Ende des Krieges führen, dürfte es hiergegen auch in der russischen Bevölkerung kaum Proteste geben.

10. Kriegsvermeidung: Es ist immer besser, einen Konflikt auf diplomatischem Wege zu lösen als mit militärischen Mitteln. Hier geht es aber nicht mehr um einen Interessenskonflikt, sondern um einen Krieg, den Russland begonnen hat. Russland hat damit den Krieg und das Drohen mit Kriegen wieder zum Mittel der Politik gemacht. Damit darf Russland keinen Erfolg haben, wenn der Vorrang der Diplomatie bewahrt werden soll. Deshalb müssen auch Pazifisten (klammheimlich) auf eine eindeutige militärische Niederlage Russlands hoffen.

**.) Friedensnobelpreisträger-Organisation IPPNW warnt vor Atomkriegsgefahr -**  
Auf einer Kundgebung am 1. Mai am Hamburger Hafen warnte die internationale Ärzt:innen-Organisation IPPNW vor den Gefahren eines Atomkrieges. Auf der Homepage der Organisation sind auch die drei Redebeiträge veröffentlicht. "Im Rahmen ihres Jahreskongresses veranstaltete die IPPNW am 1. Mai 2022 eine

Kundgebung „Atomkrieg verhindern – keine weitere Eskalation“ im Hamburger Hafen einladen. Waffenlieferungen und Aufrüstung werden in Anbetracht des völkerrechtswidrigen Einmarsches russischer Truppen in der Ukraine als allgemeines Rezept gegen die Aggressionen der russischen Führung gesehen. Es mehren sich die Stimmen, dass Waffenlieferungen die Gefahr einer nuklearen Eskalation erhöhen. Davor warnten auch die Redner\*innen auf der Kundgebung.

- [Kim Rosebrock von IPPNW und ICAN](#) referierte zum Atomwaffenverbotsvertrag
- [Ralph Urban, Vorstandsmitglied der IPPNW](#), sprach über Waffenlieferungen und eine mögliche Eskalationsspirale
- [Christoph von Lieven von Greenpeace](#) ging auf das Thema Abschreckungslogik /Friedenslogik ein

Unter dem Motto „Keine Waffentransporte durch den Hamburger Hafen – für einen zivilen Hafen“ fand vor der Kundgebung eine Barkassenfahrt im Rahmen des IPPNW-Jahreskongresses statt.“

Dieser Text mit den Beiträgen ist auf [dieser Seite der IPPNW erreichbar](#). Über die Jahresversammlung und die dortigen Beschlüsse – die “Hamburger Erklärung” – sind [hier Informationen gegen den Krieg und warum Waffen keinen Frieden schaffen zu finden](#).

## **.) Grenzenlose Gewalt. Der unerklärte Krieg der EU gegen Flüchtende -**

*(außerhalb der Ukraine-Flüchtlingshilfe) -*

Link zum Buch: [https://www.assoziation-a.de/buch/Grenzenlose\\_Gewalt](https://www.assoziation-a.de/buch/Grenzenlose_Gewalt)

Die Europäische Union hat, zehn Jahre nachdem dem Staatenbund für den »erfolgreichen Kampf für Frieden und Menschenrechte« der Friedensnobelpreis verliehen wurde, mit ihrem brutalen Vorgehen gegen schutzsuchende Menschen auf der Flucht die tödlichste Grenze der Welt geschaffen, das Mittelmeer zum Massengrab gemacht.

Es ist die Aufkündigung der vielbeschworenen »europäischen Werte«, die zivilisatorische Kapitulation vor einer der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, in dem so viele Menschen wie nie zuvor auf der Flucht sind – vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Klimawandel. Eine Situation, die durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine eine weitere dramatische Dimension erhalten hat. Das Buch des Autorinnenkollektivs »mEUterei« bilanziert minutiös die Systematik der tagtäglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Europas Grenzen, orchestriert von Brüsseler Schreibtischen aus und exekutiert von hochgerüsteten Grenzwächtern. So gerät es zur Anklageschrift gegen die Friedensnobelpreisträgerin EU. Es ist zugleich ein Aufruf zu globaler Solidarität und



für gleiche Rechte für alle Geflüchteten – eine Forderung, die von brennender Aktualität ist.

Zu den Autorinnen:

Die »mEUtereik« ist ein Kollektiv von Aktivistinnen, Fluchthelferinnen, Juristinnen und Wissenschaftlerinnen, die sich seit Jahren gegen das europäische Grenzregime engagieren und bei Alarm Phone, borderline-europe, Border Violence Monitoring Network, Juventa-Crew, Joosor und Safe Passage Foundation aktiv sind.

Wir laden in Hamburg aktive antirassistische Gruppen und engagierte Menschen herzlich ein, in der Diskussion ihre Erfahrungen und Perspektiven zu den im Buch angesprochenen Themen einzubringen.

**.) Klimaschutz und Krieg? - Termin Europe Calling Webinar :**

[https://eu01web.zoom.us/webinar/register/3916514979093/WN\\_ddkeRsiBQlagwx8MAILpIA](https://eu01web.zoom.us/webinar/register/3916514979093/WN_ddkeRsiBQlagwx8MAILpIA) - **Osterpaket? Europe Calling Webinar** - Es ist doch klar, das da noch mehr kommen wird. Netzausbau z. B. Vielleicht fragt ihr selber nach. Es ist ein freiwilliges Angebot. Ich habe ein Link eingefügt. **(1) die "zukunfts-gewandten**

**Strukturen bottom up"** heißen nicht nur meiner Meinung nach "Zellularer Ansatz": semiautonome dezentrale Stromerzeugungs-, -Verbrauchs- und Speicherstrukturen im Verbund untereinander und mit Ankopplung an Wärme und Mobilität: von EFH/ Gebäuden bis Quartieren bis Kommunen bis Region "erfunden" vor Jahren beim VDE-ETG mit Hochschulen, Unternehmen.

So würde man ein Stromnetz aufbauen, wenn man von Grund auf neu aufbauen würde. Wir hatten Prof Speh 2016 eingeladen zum Vortrag darüber:

[https://ecotrinoa.de/downloads/2016/160702-Prof\\_Speh-ZellularerAnsatzVDE-GET\\_Vortragprint.pdf](https://ecotrinoa.de/downloads/2016/160702-Prof_Speh-ZellularerAnsatzVDE-GET_Vortragprint.pdf)

Es gibt einige Kommunen, die so was in etwa betreiben, Industriebetriebe mit eigenen Kraftwerken denken sowieso ähnlich, wir daheim seit 1987 sogar im Inselbetrieb, bei extremem Stromsparen.

Auch der BUND e.V. und andere setzen sich für den z.A. ein: (Auswahl)

[https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/bund/position/zukunftsaehige\\_energieversorgung\\_position.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/position/zukunftsaehige_energieversorgung_position.pdf)

<https://www.buergerdialog-stromnetz.de/frage/zellulaerer-ansatz/>

(2) Hier 3 neuere Schriften, die ich äußerst interessant finde wg der vielen Hintergründe **zum Krieg Russland/Ukraine/(USA)** und wichtigen Friedens-Gedanken,

Lühr Henken:

[https://frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2022/2022-04-05\\_Henken\\_Ukraine-Krieg.pdf](https://frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2022/2022-04-05_Henken_Ukraine-Krieg.pdf)

Peter Wahl:

<https://www.attac->

[netzwerk.de/fileadmin/user\\_upload/AGs/Globalisierung\\_und\\_Krieg/reader/20220318\\_AG\\_GuK\\_Ukraine.pdf](https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/reader/20220318_AG_GuK_Ukraine.pdf)

von der Schulenburg:

<https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/was-die-ukraine-jetzt-braucht-weg-von-der-sprache-des-krieges-hin-zum-frieden-li.218801?pid=true>

Ihr könnt diese Links gern - ohne meine Mailadresse - in eigener Kraft weiterverbreiten, sind ja öffentlich.

Ich würde wg div. Filmarbeiten und Vortragprogramme leider praktisch keine Zeit haben, mich dazu an Diskussionen zu beteiligen.

Die Inhalte dieser Aufsätze sind nicht gleichzusetzen mit Auffassungen von ECOtrinoa e.V.,

Beste Grüße. Georg Löser. 2.5.2022

--

[www.ecotrinoa.de](http://www.ecotrinoa.de), [ecotrinoa@web.de](mailto:ecotrinoa@web.de)

.ECOtrinoa e.V. ist für seine Gemeinschaftsprojekte, u.a. das Samstags-Forum Regio Freiburg, mehrfach preisgekrönt: 2020 Umweltbildungspreis Stadt Freiburg, 2014 Projekt UN-Dekade Bildung nachhaltige Entwicklung, 2013 Preis Stiftung Klimaschutz+ Heidelberg, 2011 1. Preis Umweltschutz Stadt Freiburg, 2009 2. Platz Ehrenamt BW.

### **.) Geplantes Atom-Zwischenlager Würgassen: Alles wieder offen? :**

[https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig\\_harz\\_goettingen/Geplantes-Atom-Zwischenlager-Wuergassen-Alles-wieder-offen,wuergassen130.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Geplantes-Atom-Zwischenlager-Wuergassen-Alles-wieder-offen,wuergassen130.html)

-Stand: 03.05.2022 07:51 Uhr

Der mögliche Standort für ein geplantes Atommüll-Zwischenlager im Wesertal bei Würgassen (NRW) soll offenbar noch mal geprüft werden. Entsprechende Signale kommen aus dem Bundesumweltministerium. Die erneute Prüfung durch das Bundesumweltministerium soll auch durch die Initiative der Grünen in Niedersachsen zustande gekommen sein.

### **.) Keine 100 Mrd. Euro für (atomare) Aufrüstung - Länder müssen im Bundesrat**

**NEIN sagen** : Für das 100 Mrd. Euro Aufrüstungspaket – in dem auch die neuen Tarnkappen-Atom-Bomber für die Bundeswehr enthalten sein werden, mit denen die in Büchel stationierten Atomwaffen in ihre von der NATO und den USA festgelegten Zeile geflogen werden sollen, ist eine 2/3 Mehrheit nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat notwendig. Also auch in den Bundesländern und den dortigen Landesparlamenten gibt es also die Notwendigkeit einer politischen Debatte: <https://www.bund.net/ueber-uns/organisation/arbeitskreise/atomenergie-und-strahlenschutz/> **und**

[https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Rede\\_Lieven\\_1-5-2022.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Rede_Lieven_1-5-2022.pdf) -

**.) 26.04.2022 Tschernobyl Aktionen in Frankreich und Macron :**

[https://www.sortirdunucleaire.org/Macron-reelu-5-bonnes-raisons-de-continuer-la-57804?origine\\_sujet=LI202205](https://www.sortirdunucleaire.org/Macron-reelu-5-bonnes-raisons-de-continuer-la-57804?origine_sujet=LI202205)

**In Paris**

Am Fuße der Sacré-Coeur, in Montmartre, konnten Aktivisten des Sortir du nucléaire Paris, des Yosomono-net und des Collectif contre l'ordre atomique die Pariser auf das nukleare Risiko aufmerksam machen, bewaffnet mit ihrem Banner "Wie weit kann man Leben bedrohen, um die Atomkraft zu retten?" Diese Aktion fand nur wenige Kilometer von einer Zeremonie unter dem Arc de Triomphe entfernt, die von der Botschaft der Ukraine in Frankreich zu Ehren der Opfer der größten Industriekatastrophe der Geschichte organisiert wurde:

<https://www.facebook.com/lesenfantsdetchernobyl/posts/2719828868149447>

Bilder unter

[https://www.sortirdunucleaire.org/Retour-sur-les-mobilisations-en-commemoration-des?origine\\_sujet=LI202205](https://www.sortirdunucleaire.org/Retour-sur-les-mobilisations-en-commemoration-des?origine_sujet=LI202205)

**In Bugey:**

SDN Bugey-Aktivisten versammelten sich zu einer neuen Umkreisungsaktion rund um das Werk, um Autofahrer zu warnen, bei der die Presse beim Rendezvous war:

Bilder unter

[https://www.sortirdunucleaire.org/Retour-sur-les-mobilisations-en-commemoration-des?origine\\_sujet=LI202205](https://www.sortirdunucleaire.org/Retour-sur-les-mobilisations-en-commemoration-des?origine_sujet=LI202205)

Presseartikel: <https://www.leprogres.fr/environnement/2022/04/26/pour-l-anniversaire-de-tchernobyl-les-antinucleaires-alertent-la-population>

**.) Tschernobyl Gedenktag in Brokdorf am 24.4.2022**

unter diesem Link:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Tschernobyl-Gedenktag-Brokdorf-am-24.4.20221.pdf>

**.) Gegen die nukleare Aufrüstung aktiv werden - Anschaffung der F-35-**

**Atombomber verhindern! :** <https://dfg-vk.de/keinen-f-35-kampfjet-fuer-die-bundeswehr/#/> - in der vergangenen Woche fand im Bundestag die erste Lesung zu

den Gesetzentwürfen zum „Sondervermögen Bundeswehr“ statt. Mit dem 100-Milliarden-Paket von Olaf Scholz soll es nach den Plänen der Ampel-Koalition zur massivsten Aufrüstung der Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten kommen. Alleine die Linke lehnt diese Pläne konsequent ab. Die Unionsfraktion befürwortet die Aufrüstung grundsätzlich, hat aber Bedenken gegen die genaue Ausgestaltung.

Dadurch ergibt sich für uns als Friedensbewegung die Chance, das 100-Milliarden-Rüstungspaket doch noch zu stoppen – und damit auch die Anschaffung von neuen Atombombern für die Bundeswehr.

Dein Einsatz ist so wichtig: Beteilige Dich jetzt an unserer Mailaktion!

Um diese nukleare Aufrüstung zu verhindern, brauchen wir Dich. Denn: Wenn es genügend abweichende Stimmen aus den Reihen der Regierungskoalition und Nein-Stimmen aus der Opposition gibt, ist die für die Grundgesetzänderung erforderliche 2/3-Mehrheit gefährdet.

Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen IPPNW Deutschland, ICAN Germany und dem Netzwerk Friedenskooperative haben wir deshalb eine Mailaktion auf der Website „Lobbying4Peace“ eingerichtet. Damit kannst Du die Abgeordneten aus Deinem Wahlkreis anschreiben und sie auffordern, sich gegen die Anschaffung der neuen F-35-Atombomber auszusprechen. Durch die Anschaffung eines neuen Atombombers hält Deutschland praktisch für Jahrzehnte an der nuklearen Teilhabe fest. Mit den neuen zielgenaueren B61-12-Bomben wird suggeriert, dass ein räumlich begrenzter Atomkrieg führ- und gewinnbar sei. Damit sinkt die Hemmschwelle für ihren Einsatz. Deutschland bleibt dadurch ein potenzielles Ausgangsland für einen Atomkrieg, aber auch ein klares Angriffsziel.

Angesichts der explosiven Situation in der Ukraine müssen wir aus der Eskalationsspirale herauskommen. Gerade jetzt brauchen wir ein klares Eintreten für einen Waffenstillstand und Verhandlungen sowie ein neues Nachdenken über Frieden und Sicherheit.

Bitte um Unterstützung.

Für diese Aktion sind wir auf Deine finanzielle Unterstützung in Form von Spenden angewiesen. Deshalb freuen wir uns sehr über Deine Unterstützung! Auch kleine Beträge helfen uns weiter, unsere Aktionen für eine atomwaffenfreie Welt zu finanzieren. Spenden kannst Du einfach über unser [Online-Spendenformular](#).

**.) Finnen kündigen Vertrag: Kein AKW unter russischer Regie :**

<https://taz.de/!5844631/> - Ein finnischer Konzern kündigt seinen Vertrag mit Rosatom zum Bau des sechsten AKW im Land. Das Unternehmen verliert fast eine Milliarde Euro. Schadenersatzforderungen können noch folgen. „Der Krieg in der Ukraine hat das Risiko für das Projekt erhöht“, heißt es da. Roas, die für den Bau verantwortliche Rosatom-Tochter, sei „nicht in der Lage gewesen, die entstandenen Risiken zu vermindern“.

**,) Auf Deponie Hamberg im Enzkreis darf kein "freigemessener Atomschutt" gelagert werden :** <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/verwaltungsgericht-karlsruhe-entscheidet-ueber->

[freigemessenen-atom-bauschutt-100.html](http://freigemessenen-atom-bauschutt-100.html) - Verwaltungsgericht Karlsruhe hebt Genehmigung auf - Auf Deponie Hamberg im Enzkreis darf kein "freigemessener Atomschutt" gelagert werden - Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat entschieden, dass die Deponie Hamberg keinen "freigemessenen Atomschutt" annehmen muss - und widerspricht damit dem Regierungspräsidium.

**.) Grüner Staatssekretär Tidow zur Stilllegung der Uranfabriken Gronau und Lingen:**

“Das haben wir in diesem Koalitionsvertrag so nicht verankern können.”

Auf einer Veranstaltung der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN aus Anlass des Tschernobyl-Jahrestages räumte der zuständige Umwelt-Staatssekretär Stefan Tidow Ende April ein: Die “Komplementierung” des Atomausstiegs, die Einstellung der Produktion der immer noch vom Atomausstieg ausgenommenen Uranfabriken in Gronau und Lingen, habe man “so nicht verankern” können. Tatsächlich gibt es im Koalitionsvertrag keine Festlegungen, um entsprechende Maßnahmen, die von vorherigen Bundesregierungen erarbeitet wurden, weiter zu verfolgen. Die Grünen haben dort auf eine Stilllegung gegenüber der FDP komplett verzichtet. Tidow macht in seinem Statement klar, dass vom BMUV in dieser Frage nichts zu erwarten ist: “Wir können sie (die Uranfabriken) ... von uns aus – die Produktion – nicht einfach einstellen, als BMUV”. Natürlich wäre vorher eine atomrechtliche Grundlage vom Bundestag zu verabschieden – aber es gibt eben keine entsprechende Vereinbarung, dass die Bundesregierung dem Bundestag entsprechende Formulierungshilfen vorlegen wird.

Das Video der Veranstaltung der Grünen Bundestagsfraktion – in der die militärischen Angriffe auf die ukrainischen Atomanlagen ausführlich zur Sprache kamen – ist [hier bei Youtube online](#). Die Grüne Fraktion hat dieses Video freigegeben. (Zur Frage Uranfabriken Gronau und Lingen und Stilllegung nimmt Tidow in seinem zweiten Beitrag Stellung, etwa bei 125,12 Minuten (Da scheint ein technisches Problem vorgelegen zu haben, der Redner vor Tidow ist im Video abgeschnitten und der einleitende Satz von Tidow fehlt. Es empfiehlt sich, dieses Statement im Original anzuhören!) UmweltFAIRaendern hat das Statement “rausgeschrieben” und sehr leicht sprachlich bearbeitet.

Atomkraftgegner:innen haben heute in Gronau im Rahmen einer Aktionswoche zwei Strommasten besetzt, die die Versorgung der Uranfabrik URENCO sichern. Siehe dazu [hier auf dieser Seite “Urantransporte.de”](#). Berichtet wird auch über die sozialen Netz.

Der Wortlaut des Beitrags von Stefan Tidow, Staatssekretär im BMUV, zur Frage, ob eine Stilllegung der Uranfabriken vom Bundesumweltministerium erfolgen wird: “... Würde der Atomausstieg vollendet und komplementiert werden, wenn diese beiden Fabriken am Ende (auch zu sagen) die Produktion einstellen würden. Das haben wir in diesem Koalitionsvertrag so nicht verankern können. Ich glaube, langfristig bleibt

*es auf der Agenda. Wir müssen im Augenblick sehen, URENCO hat die Zusammenarbeit mit Russland eingestellt, wenn ich das richtig erinnere, und auch die Debatte über die nuklearen Abhängigkeiten, die ich angedeutet haben, würden wahrscheinlich noch mal im weiteren auch geführt werden, auch im bundesdeutschen Diskurs auch im europäischen Diskurs und insoweit glauben ich muss man sehen, dass da auch Bewegung sein könnte, hoffentlich in die Richtung, wie Deutschland sich entschieden hat und dass wir mindestens mittel und auch langfristig darauf auch verzichten können. Wir können sie ... von uns aus ... die Produktion nicht einfach einstellen als BMUV. Auch das ist völlig klar. Insofern muss man mal sehen, ob was Framatome oder die Betreiber oder Besitzer selber noch mal für Konsequenzen ziehen. Jedenfalls unser eigentliches Ziel ist klar.” – Bitte im Original im oben benannten Video selbst überprüfen!*

Noch in der letzten Legislatur hatten DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Bundestag die Stilllegung der beiden Uranfabriken mit Anträgen gefordert. Aus den jeweiligen Arbeitskreisen der Grünen waren entsprechende Vorlagen zur “Vollendung des Atomausstiegs” in Richtung der Verhandlungskommission verfasst worden – Gronau, Lingen und auch Garching waren dabei als einzelne Standorte genannt worden. Auch im Wahlprogramm der Grünen finden sich entsprechende Forderungen. Dass es zwischen Grünen und der SPD sowie der FDP in der Frage des Atomausstiegs zu ernsthaften Kontroversen gekommen war, war zu keiner Zeit zu vernehmen. Das es zu keinerlei verbindlichen Aussagen im Koalitionsvertrag gekommen ist und offenbar die FDP alles dazu abgeräumt hat – vermutlich mit Unterstützung mindestens der SPD in NRW, ohne das es wahrnehmbare Proteste der Grünen Verhandler:innen gegeben hat, hatte auch viele Grüne umgehauen.

**.) Nur Ukrainer:innen erwünscht,,Hamburg will in den Geflüchtetenunterkünften Platz für Ukrainer:innen schaffen. In einer Unterkunft müssen dafür andere Schutzsuchende ausziehen : <https://taz.de/Henrike-Notka/!a84575/> -**

In einer **Geflüchtetenunterkunft** im Norden Hamburgs dürfen in Zukunft nur noch ukrainische Geflüchtete wohnen – alle anderen müssen ausziehen. Das geht aus einem Offenen Brief des „Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen“ (BHFI) hervor, mit dem es sich vergangene Woche an die Hamburgische Bürgerschaft gewandt hatte.

Es beruft sich auf die Neuverhandlungen der sogenannten „Bürgerverträge“ zwischen der Stadt und der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“. In dieser ist die ausschließliche Unterbringung von **Ukrainer:innen** ab Mitte des Jahres in der Unterkunft Große Horst vertraglich festgehalten – zulasten von BIPOC-Geflüchteten (Black, Indigenous, People of Color).

Die „Bürgerverträge“ wurden 2016 zwischen der Stadt und der Volksinitiative beschlossen. Damals setzte die Initiative einen Verteilungsschlüssel für die

Unterbringung von Geflüchteten in den Stadtteilen durch und forderte langfristig einen Abbau der Unterkünfte. Von Seiten der Stadt hieß es zu der Zeit, dass es „keinen Umzugsmarathon“ geben würde.

Doch nun sind die Verträge anlässlich der hohen Anzahl an Geflüchteten aus der Ukraine zunächst für ein Jahr ausgesetzt. Damit kann die Stadt neue Unterkünfte für [Schutzsuchende](#) bauen und vorhandene erweitern. Insgesamt will die Stadt 1.300 neue Plätze realisieren, wie sie Anfang April bekannt gab.

### **Andere Schutzbedürftige anderswo unterbringen**

Durch die Anpassung bleibt auch die Unterkunft Große Horst in Klein Borstel vorerst von den Abbauplanungen verschont. Für Mitte Februar war ursprünglich die Schließung angesetzt, damit ab Juni neue Wohnanlagen auf dem Gelände gebaut werden können. Bereits Mitte letzten Jahres war nach Angaben der Stadt abzusehen, dass sich der Baubeginn verzögern würde.

Seitdem stand sie mit der Volksinitiative über eine Verlängerung des Standorts im Dialog, damit genügend Zeit bleibt, die Schutzsuchenden anderweitig unterzubringen. Angesichts der hohen Anzahl an ukrainischen Geflüchteten einigten sich die Stadt und die Initiative nun darauf, den Betrieb um noch ein weiteres Jahr zu verlängern.

Die BHFI wirft der Volksinitiative deshalb rassistische Handlungsmotive vor, da dort momentan vor allem BIPOC-Schutzsuchende untergebracht sind, für die es keine Verlängerung gegeben hätte. Von der Stadt fordert sie, von der diskriminierenden Vereinbarung zurückzutreten.

Bereits vor der Veröffentlichung der Forderung stand die BHFI im Austausch mit ihr: „Als die Stadt das Vorhaben bestätigte, war ihr das schlechte Gewissen anzumerken“, sagt Manfred Ossenbeck, Sprecher der BHFI. Die Stadt habe sich von der Volksinitiative erpressen lassen, die die Situation des Platzmangels in den Unterkünften für sich ausgenutzt hätten.

### **Vorwurf von rassistischen Handlungsmotiven**

Die Stadt äußert sich zu dem Brief auf Nachfrage der taz ausweichend. Da der Standort eigentlich Mitte des Jahres geschlossen worden wäre, würden die Vermittlungen der dort lebenden Geflüchteten in Wohnraum oder andere Unterkünfte bereits laufen. Daraus ergebe sich, dass folgend Familien aus der Ukraine in der Unterkunft Große Horst aufgenommen werden.

Klaus Schomacker, Sprecher von „Hamburg für Gute Integration“, begrüßt es, Plätze für ukrainische Geflüchtete geschaffen zu haben. Er empfiehlt dem BHFI, es der Initiative gleichzumachen und ebenfalls politische Verträge mit der Stadt abzuschließen, um Interessen für Schutzsuchende durchzusetzen.

Für Ossenbeck ist klar, dass Schomacker nicht auf den Kern der Vorwürfe zu sprechen kommt. Denn im Wesentlichen ginge es darum, dass die weitere Nutzung der Unterkunft nur wegen der ukrainischen Geflüchteten verlängert wird und für

andere geschlossen worden wäre. Zudem würde die BHFI nie eine vertragliche Einigung anstreben, da sie „allen Geflüchteten hilft und niemals eine Beschränkung auferlegen würde.“

Die Sozialbehörde hat bisher keine Angaben dazu gemacht, ob die Forderung der BHFI berücksichtigt wird. Zudem sticht der unterschiedliche Umgang mit Geflüchteten auch im vereinbarten „Lagebild Flüchtlinge“ hervor. Das ist die monatliche Berichterstattung über die Situation der Unterkünfte durch die Stadt gegenüber der Volksinitiative, bei der es in der Vergangenheit zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei, so Schomacker. In der neuen Übereinkunft der Vertragsparteien heißt es, dass besonders die Unterbringung geflüchteter Menschen aus der Ukraine Erwähnung findet.

.) **Harald Welzer zum Offenen Emma-Brief:** „Die Gewaltlogik unterbrechen“, „Er halte die Eskalation des Mitteleinsatzes für die Ukraine für problematisch, sagt Harald Welzer. Gewaltprozesse stoppe man so nicht. : <https://taz.de/Harald-Welzer-zum-Offenen-Emma-Brief/!5847657/> - Das ganze Interview unter dem Link.

.) Propaganda im russischen Fernsehen:

**Reden über Raketen auf Berlin, „Im russischen Staatsfernsehen werden zunehmend atomare Angriffe auf den Westen simuliert.** Und das zur besten Sendezeit : <https://taz.de/Propaganda-im-russischen-Fernsehen/!5852681/> -

Immer häufiger reden russische staatliche Medien und Propagandisten von einem bevorstehenden Atomkrieg. Als wollte man das Volk darauf vorbereiten. Zwei Herren in Anzug und Krawatte, Dmitri Kiseljow und Wladimir Solowjow und die elegante, 42-jährige Chefin des Russischen Fernsehens, Margarita Simonjan, sind die Gesichter dieser Propagandisten eines bevorstehenden Atomkrieges.

In seiner Wochenschau drohte etwa der Fernsehmoderator Dmitri Kiseljow am Sonntag zur besten Fernsehzeit Großbritannien mit der atomaren Zerstörung. Das Land sei so klein, so Kiseljow, dass schon eine Sarmat-Rakete ausreiche, um es ein für alle Mal zu versenken. Aber es müsse nicht unbedingt eine Sarmat-Rakete sein, so der Propagandist, die Roboterdrohne Poseidon leiste auch keine schlechte Arbeit und könne „Großbritannien in die Tiefen des Meeres stürzen“.

Diese Unterwasserdrohne mit einer Sprengkraft von 100 Megatonnen könnte vor der britischen Küste eine gigantische Welle von bis zu 500 Metern Höhe auslösen und gleichzeitig extreme Radioaktivität ausbreiten. Und dann würde nur noch eine radioaktive Wüste von Großbritannien übrigbleiben, so Kiseljow. Offensichtlich wollte er mit Margarita Simonjan, der Chefin von Russia Today und seit 20 Jahren eine der Vertrauten von Putin, wetteifern.



Die erklärte in einer Sendung von Wladimir Solowjow, ein Atomkrieg sei wahrscheinlicher als eine russische Niederlage in der Ukraine. „Entweder wir verlieren in der Ukraine oder der dritte Weltkrieg beginnt. Wie ich uns kenne, wie ich unseren Anführer Putin kenne, halte ich einen dritten Weltkrieg für realistischer“, zitiert das ukrainische Portal strana.news Margarita Simonjan.

Schon wenige Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, hatte Wladimir Putin die [russischen Atomstreitkräfte in höchste Alarmbereitschaft](#) versetzt. Dabei verdeutlichte er, wann sich Russland einen Einsatz von Atomwaffen vorstellen könne. Russland werde nicht nur Atomwaffen als Antwort auf einen atomaren Angriff durch ein anderes Land einsetzen. Ein Atomwaffeneinsatz sei auch möglich, „wenn die Durchführung militärischer Operationen unter Einsatz konventioneller Waffen eine Bedrohung für die Existenz unseres Staates darstellt“, zitiert das russische Portal svpressa.ru Wladimir Putin.

„Zügellose westliche Führer“

Auch in der Gesellschaft gibt es Rufe nach einem Einsatz von Atomwaffen. Das russische Portal panorama.pub berichtete Anfang März über eine Aktion der patriotischen Organisation „Putins Einheiten“, die einen Atomschlag gegen die Hauptstädte Deutschlands, der Niederlande und Großbritanniens gefordert hatte. Zügellose westliche Führer, so der Aufruf, hätten eine gangsterfaschistische Kampagne gegen Russland gestartet, Sanktionen verhängt und wollten Russland in die Knie zwingen. „Wie lange wollen wir das noch hinnehmen? Wir fordern die sofortige Entsendung unserer strategischen Bomber, um Berlin, Amsterdam und London in radioaktive Asche zu verwandeln“, zitiert das Portal Jefim Klimow, Sprecher von Putins Einheiten.

In Reaktion auf westliche Sanktionen verabschiedete der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag ein Dekret für wirtschaftliche Vergeltungssanktionen gegen den Westen. Dies verbietet die Ausfuhr von Produkten und Rohstoffen an Personen und Organisationen an bestimmte Organisationen, Länder und Personen. Welche das sind, ist noch nicht bekannt.

**.) Pakistan: AKWE Karachi-3 nimmt kommerziellen Betrieb auf :**

<https://www.nuklearforum.ch/de/news/pakistan-karachi-3-nimmt-kommerziellen-betrieb-auf> - Laut dem Power Reactor Information System (PRIS) der Internationalen Atomenergie-Organisation (IEAO) hat am 18. April 2022 Karachi-3 im Süden Pakistans den kommerziellen Betrieb aufgenommen. Die Hualong-One-Einheit Karachi-3 in Pakistan nahm am 18. April 2022 den kommerziellen Betrieb auf. Karachi-2 ist bereits seit Mai 2021 kommerziell in Betrieb. Sie sind die weltweit ersten Hualong-One-Einheiten, die außerhalb Chinas Strom liefern. Karachi-1 vom Typ Candu mit 100 MW Leistung wurde am 01. August 2021 nach 50 Betriebsjahren endgültig abgeschaltet.

## **Das AKW Candu wurde von Kanada gebaut.**

**Hintergrund:** Der Baubeginn für den Atomreaktor war am 1. August 1966. Der Bau erfolgte mit Unterstützung Kanadas. Das AKW wurde am 1. August 1971 zum ersten Mal kritisch, am 18. Oktober 1971 erstmals mit dem Stromnetz synchronisiert und nahm am 7. Dezember 1972 den kommerziellen Betrieb auf. Die Anlage wurde am 28. November 1972 vom damaligen Präsidenten Pakistans Bhutto offiziell eingeweiht. Die Freisetzung von radioaktivem Material durch flüssige und gasförmige Ableitungen blieb innerhalb von 4 Prozent des maximal zulässigen Grenzwertes. Am 23. Dezember 1976 endete die nukleare Zusammenarbeit zwischen Kanada und Pakistan, weil auf kanadischer Seite Bedenken wegen des pakistanischen Atomprogramms bestanden. Somit wurden auch die Lieferungen von Uran eingestellt. Pakistan betreibt in Karatschi auch eine Produktionsstätte für schweres Wasser. Pakistan verfügt über Atombomben. Der Standort Karatschi liegt an der Küste.

**.) Noch ein offener Brief zum Ukrainekrieg:** „Der Bundeskanzler erhält einen zweiten offenen Brief – diesmal mit der Forderung, sich mit der Waffenlieferung an die Ukraine zu beeilen: <https://taz.de/Noch-ein-offener-Brief-zum-Ukrainekrieg/!5852831/> - Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit erhält Bundeskanzler Olaf Scholz einen offenen Brief zum Krieg in der Ukraine. Dieses Mal fordern bekannte Journalist:innen, Autor:innen und Professor:innen, die Bundesregierung soll sich mit der Waffenlieferung an Kiew beeilen. Unterscriben haben unter anderem Herta Müller, Deniz Yücel, Maxim Biller, Michel Friedman, Daniel Kehlmann, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Igor Levit, Eva Menasse und Marina Weißband. Unterzeichnet hat auch Springer-Chef Mathias Döpfner. Der Brief, der die Überschrift „Die Sache der Ukraine ist auch unsere Sache!“ trägt und zuerst [auf Zeit Online](#) erschien, soll laut eigenen Aussagen keine explizite Antwort auf den [offenen Brief von Alice Schwarzer & Co](#) sein. Diese hatten sich Ende April gegen die Waffenlieferung an die Ukraine ausgesprochen. Der neue Brief wendet sich aber genau gegen das, was Schwarzer und ihre Co-Autor:innen gefordert hatten. Die Unterzeichner:innen bestärken die Entscheidung des Kanzlers Olaf Scholz, mit [Waffenlieferungen die Ukraine](#) zu unterstützen. Sie erklären, dass aufgrund fortgesetzter Bombardierung der Zivilbevölkerung und humanitärer Notlage jeder

Tag zähle. Um einen Verhandlungsfrieden zu ermöglichen, welcher nicht auf die Unterwerfung der Ukraine hinauslaufen soll, müsse die Verteidigungsfähigkeit gestärkt und die „Kriegsfähigkeit Russlands maximal“ geschwächt werden. Um dies zu ermöglichen, sei eine „kontinuierliche Lieferung von Waffen und Munition“ erforderlich.

Im Brief betonen die Unterzeichner:innen, dass es „im Interesse Deutschlands“ sei, einen Erfolg von Russlands Angriffskrieg zu verhindern. Sie erklären, dass der russische Angriff „zugleich ein Angriff auf die europäische Sicherheit“ sei und dass ein Land wie Russland „nicht als Sieger vom Feld gehen“ dürfe, wenn es die europäische Friedensordnung angreift und Kriegsverbrechen begeht. Außerdem merken die Autor:innen an, dass die Ukraine eine „verbindliche Beitrittsperspektive zur Europäischen Union“ verdient habe.

Auch auf die Gefahr eines [drohenden Atomkrieges](#) gehen die Unterzeichner:innen ein. Sie erklären, dass „Geschlossenheit Europas und des Westens“ erforderlich sei, um einen solchen zu verhindern – „anstatt deutscher Sonderwege“. Wenn Deutschland und weitere europäische Staaten keine Waffen an die Ukraine lieferten, würde dies „den Kreml zu weiteren Aggressionen ermutigen“. So würde die Ukraine „auch für unsere Sicherheit“ kämpfen – und dürfe deshalb nicht fallen gelassen werden.

**.) ein Artikel in ZeitOnline zur Doppelmoral des Westens :**

<https://www.zeit.de/zett/politik/2022-04/kurdistan-tuerkei-russland-ukraine-doppelmoral-westen> - Warum verurteilen wir den Krieg Russlands, aber nicht den der Türkei? Den russischen Angriffskrieg sanktionieren wir. Doch bombardiert unser Nato-Bündnispartner Türkei Kurd:innen, schauen wir lieber weg. Über westliche Doppelmoral. Bitte den ganzen Artikel unter dem Link lesen.

**.) Energieexperte über geplantes Öl-Embargo der EU: „Russland trägt keinen Schaden“ :** <https://taz.de/Energieexperte-ueber-geplantes-Oel-Embargo-der-EU/!5847846/> - Das Ölembargo in dieser Form ist ein Kompromiss, denn selbst innerhalb der EU gibt es keine Einigkeit, weshalb Ausnahmen für Ungarn und die Slowakei zugelassen werden. Auch der Zeithorizont ist schwierig. Was nach sechs Monaten auf dieser Welt los sein wird, kann niemand absehen. Ob man den erhofften Druck auf Putin wirklich erzeugt, ist zweifelhaft. Egal ob man das Embargo für richtig oder

falsch hält – es wird nicht funktionieren.

**.) Staatsfonds investiert in klimaschädliche Technologien :**

<https://fragenstaat.de/blog/2022/05/05/kenfo-divest-oel-gas-russland-investitionen/> - 750 Millionen Euro für Öl und Gas: Staatsfonds investiert in klimaschädliche Technologien

Der milliardenschwere deutsche Staatsfonds KENFO soll seine Gelder eigentlich nachhaltig anlegen. Doch eine Liste aller Investitionen zeigt: Der Fonds investiert in fossile Energien – und auch Unternehmen aus Russland und aus Steueroasen sind darunter. Der Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KENFO) ist der erste Staatsfonds Deutschlands und ein einzigartiges Konstrukt. Er verfügt im Auftrag des Staates über einen dicken Batzen Geld: Mehr als 24 Milliarden Euro soll der als Stiftung aufgestellte Staatsfonds so investieren, dass mit den Erträgen die Entsorgung von Atommüll dauerhaft finanziert werden kann.

Im Mittelpunkt steht dabei aber nicht nur die nachhaltige Finanzierung, sondern auch Klima-Nachhaltigkeit. Nach gesetzlichen Vorgaben muss der Staatsfonds zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Wie Dokumente zeigen, die durch eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz über FragDenStaat öffentlich geworden sind, stehen manche Investments von KENFO allerdings den Klimazielen entgegen: 757,9 Millionen Euro hatte der Fonds Ende 2020 in Öl- und Gasunternehmen investiert. 750 Millionen für fossile Energien

Der KENFO untersteht dem Wirtschafts- und Klimaministerium von Robert Habeck. Obwohl er im Auftrag des Staates Milliarden Euro investiert, sind seine Tätigkeiten bisher kaum öffentlich bekannt gewesen. Wie die Liste der Investments zeigen, die wir hier aufbereitet haben, investiert der KENFO nicht nur in fossile Energien. Ende 2020 hielt er auch Anteile in Höhe von 17 Millionen Euro an der russischen Sberbank und 26 Millionen Euro am russischen Ölkonzern Lukoil.

Gegenüber dem WDR betonte ein Sprecher des KENFO, dass der Einsatz von Fracking bei der Förderung von Öl und Gas sowie die Förderung von Öl aus Teersand von den Investitionen ausgeschlossen sei, die „konventionelle Gasförderung“ komme jedoch im Portfolio weiterhin als „Übergangstechnologie“ vor. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen ihrer Anlagen will der Staatsfonds zwar auf Null reduzieren – allerdings erst bis ins Jahr 2050.

Investitionen in Cum-Ex-Banken - Dabei gibt der KENFO keine Auskunft zu aktuell

laufenden Investitionen – auf Anfrage des WDR etwa auch nicht nur Frage, ob der Staatsfonds derzeit Anteile an Gazprom hält. Die Liste der Investitionen des Jahres 2021 will der KENFO erst Mitte dieses Jahres veröffentlichen. Wir prüfen derzeit juristische Schritte, um auf eine frühere Veröffentlichung zu drängen.

Dabei dürfte die neue Transparenz des KENFO auch die Ampel-Koalition auf den Plan rufen. Denn neben den klimaschädlichen Investitionen hält der Staatsfonds derzeit auch Anteile an Banken, gegen die im Zusammenhang mit dem milliardenschweren Cum-Ex-Skandal ermittelt wird, darunter die Santander Bank und BNP Paribas.

### **.) AG Globalisierung & Krieg -Erklärung zum 8. Mai:**

[https://www.attac.de/fileadmin/user\\_upload/AGs/Globalisierung\\_und\\_Krieg/text/deutschland/20220508\\_AG\\_GuK\\_Erklaerung.pdf](https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/text/deutschland/20220508_AG_GuK_Erklaerung.pdf)

Der diesjährige Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa ist überschattet vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der russische Einmarsch ist ein gravierender Bruch des Völkerrechts und eine neue Qualität von Gewaltanwendung in einer seit langem sich aufschaukelnden Konfliktschneise. Wie alle Kriege führt auch er zu schrecklichem Leid und riskiert darüber hinaus einen Kontrollverlust mit unabsehbaren Folgen.

Die Welt sieht sich nun wenige Schritte von einem Weltkrieg entfernt. Denn im Ukraine-Krieg vermischt sich ein aus dem chaotischen Zerfall der Sowjetunion entstandener Regionalkonflikt mit der geopolitischen Konfrontation um die Weltordnung: auf der einen Seite die Protagonisten einer multipolaren Welt, in erster Linie China und Russland, aber auch Indien, Südafrika und andere Länder des globalen Südens - auf der Gegenseite der von den USA angeführte Westen, der an seiner 500-jährigen Hegemonie über den „Rest der Welt“ festhalten will.

Die geopolitische Auseinandersetzung hat bereits vor über 20 Jahren mit der NATO-Osterweiterung und der Aushöhlung des Völkerrechts - insbesondere durch die völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan und Libyen - begonnen. Sie wurde mit Wirtschaftskrieg, Sanktionen und Wettrüsten inzwischen auch auf China ausgeweitet. Die geopolitische Konfrontation ist auch der Grund, warum Indien, Indonesien, Südafrika, Mexiko und viele andere Länder des globalen Südens und selbst Israel es ablehnen, jetzt Kriegspartei zu werden. Denn der Menschheit steht eine sehr gefährliche Epoche bevor. Klimakrise, Hungerkatastrophen und andere globale Probleme können nur durch internationale

Kooperation abgewendet werden. [Der ganze Text unter dem o. a. Link.](#)

**.) Umweltschützer gegen LNG-Terminal** : <https://taz.de/Umweltschuetzer-gegen-LNG-Terminal/!5849200/> - Habeck bittet um Verzicht auf Klage,,Die Deutsche

Umwelthilfe fordert einen Baustopp für ein Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven. Minister Habeck bittet den Verband, nicht zu klagen.

Wegen der Pläne, im Eiltempo Importterminals für Flüssiggas (LNG) in Deutschland zu bauen, gehen Umweltverbände in den Clinch mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat dem vorzeitigen Beginn der Arbeit an einem schwimmenden LNG-Terminal in Wilhelmshaven widersprochen und einen Baustopp gefordert. Habeck bat den Verband, auf eine Klage zu verzichten: „Im Zweifelsfall bringt uns eure Klage in größere Abhängigkeit von Putin“, sagte er in Richtung der Umwelthilfe. „Das solltet ihr nicht tun an dieser Stelle.“

Der Minister für Wirtschaft und Klimaschutz sieht wegen des Kriegs in der Ukraine dringenden Handlungsbedarf: Zum einen gibt es die Forderung, Deutschland möge auf seine Gasimporte aus Russland verzichten, um dessen Angriff nicht zu finanzieren. Zum anderen ist [nicht auszuschließen dass Russland von sich aus die Gaslieferungen einstellt.](#) Ungefähr die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammt aus Russland. Es wird vor allem zur Energiegewinnung genutzt, aber auch als Rohmaterial für die Grundstoffindustrie. Ein Wegfall würde die deutsche Wirtschaft empfindlich treffen.

Habeck hat es daher eilig. Am Donnerstag kam er zum ersten Rammschlag eines Anlegers für ein schwimmendes LNG-Terminal nach Wilhelmshaven. Er unterzeichnete eine Absichtserklärung mit dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium „zum [Ausbau der LNG- und Green-Gas-Importinfrastruktur](#) in Niedersachsen“. Zugleich unterschrieb er die Charterverträge für vier schwimmende Flüssigerdgasterminals.

Die Umwelthilfe wehrt sich gegen den Bau in Wilhelmshaven, weil er begonnen wurde, ohne die Umweltverbände zu beteiligen oder Planungsunterlagen offenzulegen. „Es war ein völlig intransparentes Verfahren“, kritisiert DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. „Wir wollen die Akten sehen.“

Die DUH räumt in ihrem Widerspruch zwar ein, dass Deutschland mit einer Ausnahmesituation konfrontiert sei. Aber gerade dann müsse „die Exekutive mit Augenmaß

agieren, es dürfen nicht, quasi im Rausch des Ausnahmezustands, Rechtsgrundsätze und rechtliche Errungenschaften über Bord geschmissen werden“.

### **Ist das Terminal wirklich nötig?**

Müller-Kraenner fordert von Habeck eine mehr als nur pauschale Erklärung dafür, warum Deutschland eigene LNG-Terminals brauche. [Habeck argumentiert in seinem Statement zu dem Termin in Wilhelmshaven](#), dass die Regasifizierungskapazität anderer europäischer Länder nur weniger als die Hälfte des deutschen Bedarfs decken könnte.

Das würde sich Müller-Kraenner gerne vorrechnen lassen. Er verweist auf eine [Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung \(DIW\)](#), die davon ausgeht, dass Deutschland durch eine bessere Ausnutzung der bestehenden Infrastruktur und Einsparungen die Lücke schließen könnte. Auch eine [aktuelle Studie der Firma Artelys im Auftrag der European Climate Foundation](#) kommt zu dem Schluss, dass Deutschland keine eigenen Terminals brauche.

Dazu kommt die Angst der Verbände, dauerhaft weniger Einfluss auf beschleunigte Plan- und Genehmigungsverfahren zu haben, der Verweis auf die Klimaschädlichkeit von LNG und die Kritik an dem konkreten Projekt in Wilhelmshaven. Ein besonders geschütztes Biotop drohe hier großflächig und unwiederbringlich zerstört zu werden. Zudem seien die anstehenden Rammarbeiten lebensgefährlich für die Schweinswale, die zum Fressen in die Jade schwimmen. [Inung + Diskussion](#)

**.) Die Ukraine muss gewinnen,,Waffen für die Ukraine zurückzuhalten verlängert den Krieg. Erst eine militärische Niederlage Russlands eröffnet den Weg zu Frieden für Europa :** <https://taz.de/Krieg-in-der-Ukraine/!5849148/> -

Deutschlands Beschluss, **die Ukraine** auch mit schweren Waffen zu unterstützen, sorgt für heftigen Streit. Zwei Gegenargumente fallen oft: eine Ausweitung von Waffenlieferungen stelle eine Eskalation des Krieges dar, bis hin zum Risiko eines russischen Atomschlages; und es wäre besser, Chancen auf eine Verhandlungslösung auszuloten. [Mehr lesen unter dem O. a. Link.](#)

**.) WLADIMIR KLITSCHKO ZUM BRIEF DER 28: Wir werden nicht kapitulieren :** <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/brief-zu-waffenlieferung-an-ukraine-wladimir-klitschkos-antwort-18002508.html> - In der Ukraine gibt es mehr als ein Butscha. Das

Ausmaß des Grauens, das die russischen Besatzer anrichten, hat einen Namen: Völkermord. Wir geben unseren Widerstand nicht auf. Antwort auf den offenen Brief von 28 Prominenten.

Ich schreibe Ihnen erneut aus Kiew. Die russischen Besatzungstruppen haben den Norden der Stadt und des Landes verlassen. Sie haben nichts als Gräueltaten, Verwüstung und Schmerz hinterlassen. Ihr Abzug hat das Ausmaß ihrer Kriegsverbrechen aufgedeckt: Massenexekutionen von Zivilisten, die in Massengräbern versteckt wurden, systematische Vergewaltigung von Frauen und jungen Teenagern.

Es gibt viele Märtyrerstädte wie Butscha in den bereits befreiten Gebieten im Norden des Landes, und man kann leider sicher sein, dass es in den noch besetzten Gebieten viel mehr Butscha gibt - ganz zu schweigen von Mariupol – und dass das Ausmaß des Grauens immens ist. All diese Verbrechen zusammengenommen haben einen Namen: Völkermord. Aber auch die Verantwortlichen haben Namen. Wir kennen sie, wir sammeln die Beweise für ihre Verbrechen. Damit Gerechtigkeit walten kann. Das ist das Mindeste, was wir den Opfern schulden.

### **Wir haben diesen Krieg nicht erklärt**

Während mein Land noch immer diese Kriegsverbrechen feststellt und seine Verteidigung im Osten und im Süden so gut wie möglich organisiert, ist in Deutschland eine Kontroverse über Waffenlieferungen aufgekommen.

Es tauchte ein Brief auf, in dem dazu aufgerufen wurde, diese Lieferungen einzustellen, da sie den Krieg verlängern würden. Der Text fordert uns auf, mit dem Kämpfen aufzuhören und die Waffen niederzulegen, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Daher möchte ich hier einige Punkte klarstellen. Zunächst einmal haben wir diesen Krieg nicht erklärt. Es ist der imperialistische Wahnsinn Putins, der beschlossen hat, ein unabhängiges und freies Land im Herzen Europas einfach zu überfallen und zu erobern. Zweitens: Ja, wir verteidigen uns gegen diese Aggression. Drittens, wir brauchen Waffen, um uns zu verteidigen. Und ja, wir werden uns wehren, bis der Aggressor nach Hause geht. Viertens, Deutschland ist seiner Verantwortung gewachsen und hat beschlossen, der Ukraine dabei zu helfen, ihre Freiheit zu bewahren, was sie vor der Welt und der Geschichte ehrt. Deutschland hat verstanden, dass die Ukraine die europäischen Werte mit ukrainischen Leben verteidigt und dass es an der Zeit ist, dass sie dies auch mit europäischen Waffen tut. Unseren Widerstand als Kriegstreiberei zu beschreiben und als eine Provokation



Putins darzustellen, ist völliger Unsinn. Für das russische imperialistische Regime ist schon unsere Existenz eine Provokation, weil wir eine Demokratie sind. Also nein, wir werden unsere Identität nicht aufgeben, um den mörderischen Wahnsinn und die überholten Träume eines Diktators zu besänftigen. Und schon gar nicht, um einigen „Intellektuellen“ zu gefallen, die den Sinn für die Realität und die Vernunft verloren zu haben scheinen.

### **Frieden um den Preis unserer Identität?**

Ich sage es: Blinder Pazifismus ist genauso gefährlich wie glückselige Kriegstreiberei. Diese Debatte erinnert unglücklicherweise an die Debatte in der Zwischenkriegszeit. Die sogenannten Pazifisten wollen gestern wie heute den Frieden um jeden Preis. In einigen europäischen Hauptstädten hörte man damals: „Hitler und Faschismus statt Krieg“. Und heute: „Putin statt Krieg?“.

Frieden um jeden Preis, aber um welchen Preis? Unsere Freiheit? Unsere Identität? Unsere Integrität? Das absolut Gute ist nicht der Frieden, sondern die Freiheit und die Gerechtigkeit. Und um sie zu verteidigen, muss man kämpfen.

Was die Verhandlungen betrifft, so scheinen sie derzeit unmöglich zu sein. Die Russen sind lediglich bereit, nur über die Art und Weise zu diskutieren, wie sie die Ukraine unterwerfen und aufteilen werden. Also nein, mit Kannibalen kann man nicht an den Verhandlungstisch gehen.

Wir brauchen keine abstrakten Moralpredigten, sondern konkrete Unterstützung in Form von Medikamenten, Materialien und Waffen. Wir brauchen keine feigen Briefe, die den Opfern Schuldgefühle einreden, sondern mutige Briefe, die die russische Barbarei anprangern und zum Boykott von russischem Öl, Gas und Kohle aufrufen. Die einzige Möglichkeit, diesen Krieg zu beenden, besteht darin, Putins Russland zu zeigen, dass die ganze Welt diese Aggression ablehnt und die Einnahmequellen, die diesen blutigen Krieg finanzieren, versiegen zu lassen.

**Die Ukraine will Frieden.** Sie will ihr altes Leben zurück. Und nach vorne blicken, auf eine europäische Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Sie weiß, dass sie auf das deutsche Volk, ihr Brudervolk, zählen kann.

Wladimir Klitschko ist ehemaliger Boxweltmeister im Schwergewicht. Sein Bruder Vitali, ebenfalls einstiger Profiboxer, ist seit 2014 Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

.) **Öl Embargo ist ein strategischer Fehler** : <https://lostineu.eu/das-oelembargo-ist->

[ein-strategischer-fehler/](#) - diese Info kommt von einem Blog, den Eric Bonse betreibt, hier : [https://de.wikipedia.org/wiki/Eric\\_Bonse](https://de.wikipedia.org/wiki/Eric_Bonse)

**.) Dohnanyi: Ukrainischer Botschafter muss sich entschuldigen oder gehen :**

<https://www.abendblatt.de/hamburg/article235264521/klaus-von-dohnanyi-ukrainischer-botschafter-melnyk-muss-sich-entschuldigen-oder-gehen.html> -

Klaus von Dohnanyi hat den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk scharf kritisiert. "Provokationen und Unverschämtheiten" – der frühere Hamburger Bürgermeister hat den ukrainischen Botschafter scharf kritisiert.

Klaus von **Dohnanyi**, der frühere Bürgermeister der Hansestadt und Bundesminister unter Willy Brandt, hat den **ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk** scharf kritisiert. Dohnanyi spricht in Bezug auf Melnyks Äußerungen und Internetbeiträge von „Schulmeistereien, Provokationen und Unverschämtheiten“.

Melnyk, der zwischen 2007 und 2010 Generalkonsul in der Hansestadt war, ist zuletzt immer wieder durch Attacken auf deutsche Politiker aufgefallen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) warf er vor, wie eine „beleidigte Leberwurst“ zu handeln, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein „Spinnennetz der Kontakte mit Russland“ geknüpft zu haben.

Dem sächsischen Landeschef Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) hielt er eine „unverschämte Anbiederung“ vor, er „kuschele“ mit „Kumpelchen Putin“. Und wiederum per Twitter machte Melnyk die „jahrelange Putin-freundliche Politik“ des früheren Außenministers Sigmar Gabriel und seiner „SPD-Kumpane“ für den Krieg mitverantwortlich – sie hätten „den barbarischen Vernichtungskrieg“ gegen die Ukraine „erst herbeigeführt“.

„Die Führung der Ukraine ist zu einer Propagandamaschine geworden“, kritisiert Dohnanyi im Abendblatt-Gespräch. „Geht es dem Botschafter der Ukraine in Berlin nur um Geld und Waffen? Und ist ihm da jedes Druckmittel recht, notfalls auch die Beleidigung von Staatsoberhäuptern, wie im Fall von Bundespräsident Steinmeier?“ Dohnanyi, der von 1976 bis 1981 Staatsminister des Auswärtigen Amtes war, spricht von einem „ungewöhnlichen diplomatischen Instrumentenkasten“.

**.) Deutschland ist ein tributpflichtiger Abhängiger der USA :**

<https://www.ardmediathek.de/video/das/das-mit-politiker-klaus-von-dohnanyi/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS8wNmQ4YTFkOS0yMTQxLTRiNjAtOWFmMi0wYzY1N2Q0NTEwMmQ> -

Klaus von Dohnanyi: Zum Ukraine-Krieg. Auch mit stolzen 93 Jahren mischt sich SPD-Urgestein Klaus von Dohnanyi noch fleißig in die politischen Debatten ein.

### **.) 8. Mai soll Gedenktag in Hamburg werden :**

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/8-Mai-soll-Gedenktag-in-Hamburg-werden,gedenktag156.html> - Hamburg soll einen neuen Gedenktag bekommen.

Immer am 8. Mai wollen Hamburgs große Parteien an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa erinnern. Es wird aber kein freier Tag.

Hamburgs Politik stand unter Druck: Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern gedenken schon offiziell der Befreiung von der Nazi-Diktatur.

#### **Bündnis ruft zur Demo auf**

In Hamburg ruft zudem ein Bündnis aus Linken, Gewerkschaften, Antifaschisten und Antifaschistinnen zur großen Demonstration am 8. Mai auf. Start ist der Hannoversche Bahnhof, [von wo aus Juden und Regimegegner in die Konzentrationslager verfrachtet wurden](#). Dem schließt sich ein sogenanntes "Befreiungsfest" auf dem Rathausmarkt an. Die Forderung des Bündnisses: "Macht den 8. Mai zum Feiertag!"

### **.) Vorbereitung auf 8. Mai in Berlin: Russische Fahnen verboten :**

<https://taz.de/Vorbereitung-auf-8-Mai-in-Berlin/!5853133/> -

Mit einem Großaufgebot will die Berliner Polizei die [geplanten Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen zum 77. Jahrestag](#) des Endes des Zweiten Weltkriegs begleiten. Insgesamt sollen dafür nach Angaben eines Sprechers rund 3.400 Polizistinnen und Polizisten an diesem Sonntag und Montag im Stadtgebiet unterwegs sein.

Angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wird eine „sehr sensible Gefährdungslage“ erwartet. Es gelte, ein würdevolles Gedenken an Gedenkstätten sowie Mahnmalen zu schützen – und zugleich eine „Instrumentalisierung des Gedenkens“ zu verhindern, teilte Polizeipräsidentin Barbara Slowik am Freitag mit. Der Senat nannte die Zahl von insgesamt mehr als 50 Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen an beiden Tagen. Die Polizei werde gegen „jede Form der Unterstützung, Billigung, Verherrlichung oder gar Glorifizierung des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine“ vorgehen, betonte Slowik. „Es gilt, Provokationen und Eskalationen zu verhindern“, sagte Innensenatorin Iris Spranger (SPD). Nach einem

Bericht des Nachrichtenmagazins Der Spiegel warnt der Verfassungsschutz vor möglichen Provokationen Russlands bei den Feierlichkeiten.

Die russische Botschaft hält die konkreten Zeiten ihrer Gedenkveranstaltungen in Berlin zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa geheim. „Die genauen Termine und Orte machen wir leider aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich“, teilte sie mit. Geplant seien „eine Reihe von Gedenkveranstaltungen der Russischen Botschaft in Deutschland“.

Am Sonntag und Montag würden in Berlin Kränze und Blumen an den sowjetischen Ehrenmälern und Grabstätten toter Soldaten im Tiergarten, im Treptower Park und in Pankow niedergelegt. Zudem seien Besuche an den wichtigsten Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager geplant.

In früheren Jahren gab es an den beiden Tagen große öffentliche Gedenkveranstaltungen der Botschaft, an denen auch Berliner Politiker teilnahmen. In diesem Jahr wurden diese Auftritte abgesagt. Außer der russischen Botschaft stehen hinter manchen Veranstaltungen auch russische Initiativen.

**.) Russlands Pläne für den 9. Mai: Parade auf dem Schlachtfeld,** Im ukrainischen Mariupol will der Kreml das Ende des „Großen Vaterländischen Krieges“ zelebrieren. Auch der Rote Platz in Moskau ist gerüstet : <https://taz.de/Russlands-Plaene-fuer-den-9-Mai/!5850547/> - Das Asow-Stahlwerk in Mariupol ist noch immer umkämpft – Feiern will Moskau trotzdem.

Den ukrainischen Streitkräften ist es offensichtlich erneut gelungen, ein Schiff der russischen Schwarzmeerflotte, wahrscheinlich die Fregatte „Admiral Makarow“, mit Raketen zu treffen. Das berichtet das in Odessa angesiedelte Portal Dumskaya.net. Dabei soll die Fregatte am Donnerstag schwer beschädigt worden sein.

Das ukrainische Militär hat sich bisher zu dem Brand nicht geäußert. Gleichzeitig hat der Oberkommandierende der Streitkräfte, Generalleutnant Walerij Saluschnyj positive Nachrichten zu verkünden. So hätten die ukrainischen Streitkräfte eine Gegenoffensive in Richtung Charkiw und Isjum gestartet und mehrere Siedlungen zwischen der Regionen Mykolajiw und Cherson befreit. Im Gebiet um die Stadt Popasna habe der Feind in den letzten 24 Stunden große Verluste erlitten. 24.700 russische Soldaten seien seit dem 24. Februar in der Ukraine gefallen.

Doch auch die Berichte des russischen Militärs klingen wie Erfolgsgeschichten. Nach Angaben des Moskauer Verteidigungsministeriums habe die Luftwaffe seit

Donnerstag 24 ukrainische Militäreinrichtungen, ein Munitionsdepot in der Stadt Kramatorsk, ein Raketensystem in der Region Saporischschja, zehn Stützpunkte, 18 Gebiete beschossen und dabei „Menschen und Waffen“ vernichtet. Insgesamt habe man 280 „Nationalisten“ und 41 Waffenkomplexe vernichtet. Die russische Seite hat in den letzten 24 Stunden keine Gebietsgewinne zu verzeichnen. Dennoch sorgt sich die Ukraine vor allem um das Gebiet Luhansk und Mariupol. In den nächsten drei bis vier Tagen, so Serhij Gajdaj, der Gouverneur des Gebietes Luhansk, sei eine russische Offensive in seinem Gebiet zu erwarten. „Das schlimmste Szenario wäre, wenn das Gebiet Luhansk eingekesselt würde.“

**.) Geplantes Embargo gegen Russland: Wie schlimm wird der Ölboykott?** „Die EU-Kommission will Ölimporte aus Russland bis zum Jahresende weitgehend stoppen. Die wichtigsten Fragen und Antworten zu den Konsequenzen : <https://taz.de/Geplantes-Embargo-gegen-Russland/!5850483/> -

Der Vorschlag der EU-Kommission von dieser Woche sieht vor, dass der Import von russischem Rohöl in die EU innerhalb von sechs Monaten gestoppt wird – also bis Oktober. Bis zum Jahresende soll auch der Import von Ölprodukten, etwa Diesel und Benzin, verboten werden. Weil Ungarn und die Slowakei bis dahin nicht auf andere Quellen umsteigen können, soll es für diese Länder eine Übergangsfrist bis Ende 2023 geben.

#### **Werden die EU-Staaten diesem Vorschlag überhaupt zustimmen?**

Die Sanktionen müssen von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden; ob das gelingt, ist noch offen. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erklärte am Freitag, die Pläne kämen einer „Atombombe auf die ungarische Wirtschaft“ gleich. Um eine Zustimmung zu erreichen, ist darum die verlängerte Übergangsfrist und zusätzliche finanzielle Unterstützung beim Aufbau einer alternativen Versorgung für die besonders abhängigen Länder im Gespräch.

#### **Wie ist Deutschland auf den Importstopp von russischem Öl vorbereitet?**

Lange galt auch Deutschland als Problemfall in Sachen russisches Öl: Während EU-weit etwa 25 Prozent des Öls aus Russland stammt, waren es in Deutschland im letzten Jahr rund 35 Prozent. Etwa ein Drittel davon kam per Tanker über die Nordseehäfen und wurde in Westdeutschland verarbeitet. Dieser Teil war vergleichsweise leicht zu ersetzen. Schwieriger sieht es mit den übrigen zwei Dritteln aus, die durch die Pipeline „Druschba“ (russisch: Freundschaft) aus Russland über

Weißrundland und Polen nach Ostdeutschland fließen. Über diese werden die Raffinerien in Schwedt (Brandenburg) und Leuna (Sachsen-Anhalt) versorgt.

### .) **EU-Kommission plant Ölembargo:Koalition der Willigen,,**

Zeit ist bei den Sanktionen von großer Wichtigkeit. Die Staaten, die das Ölembargo befürworten, sollten sich von den Gegnern nicht aufhalten lassen: <https://taz.de/EU-Kommission-plant-Oelembargo/!5850478/> -

Dass die Europäische Union langsam aber sicher zum eigentlichen Kern der Sanktionen vorstößt, dorthin, wo es wirklich wehtut – nicht nur Moskau, sondern den EU-Staaten selbst – zeigt sich derzeit bei der Diskussion um **das geplante Ölembargo**. Geht es nach der EU-Kommission, soll in sechs Monaten kein russisches Öl mehr nach Europa fließen. Bis Ende des Jahres will sie auch Ölprodukte verbieten. Alle 27 Mitgliedsländer müssen dem zustimmen, doch wie erwartet sträuben sich **Ungarn und die Slowakei – beide Staaten beziehen ohnehin wenig Öl aus Russland**. Auch Tschechien und Bulgarien wollen sich dem Embargo nicht anschließen. Zu groß sei die Abhängigkeit von Moskau. Nun wird um Ausnahmeregelungen gefeilscht. Die Einigkeit der EU steht auf dem Spiel. Doch ist das wirklich so schlimm?

Fakt ist: Das Ölembargo ist der richtige Schritt, denn es zielt auf den Kern der Macht in Russland ab, es schädigt das engste Umfeld Wladimir Putins. Der russische Staatshaushalt hängt maßgeblich vom Erdöl ab – und damit auch Moskaus Kriegsmaschinerie in der Ukraine. Im vergangenen Jahr machten **Erlöse aus Öl und Gas rund 36 Prozent des russischen Etats** aus, der Großteil lag dabei mit 180 Milliarden US-Dollar beim Geschäft mit dem Erdöl.

Einige Kritiker:innen des Embargos sehen genau hier das Problem. Das europäische Verbot würde die internationalen Preise für Erdöl in die Höhe treiben. Neue Käufer, allen voran in China und Indien, würde Moskau schon irgendwie finden. Doch so einfach ist das nicht. Denn die Pipelines in Richtung Süden und Osten sind schon jetzt am Limit. Damit Russland nicht noch schnell neue Wege und Abnehmer erschließen kann, ist beim Sanktionspaket Nummer 6 der Faktor Zeit also entscheidend.

Die EU muss ihr Embargo in Windeseile auf den Weg bringen. Das aktuelle Gefeilsche in Brüssel um Ausnahmeregelungen gibt wenig Anlass zur Hoffnung, dass das auch geschieht. Doch eines ist diesmal anders: Deutschland, bislang der ewige

Zauderer, was Energiesanktionen angeht, tritt nun aufs Gaspedal und hat das Ölembargo sogar selbst vorgeschlagen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat **Deutschland satte 9 Milliarden Euro für Kohle, Öl und Gas an Russland überwiesen.**

### **Sanktionen, die Putin wehtun**

Doch jüngst hat Wirtschaftsminister Robert Habeck verkündet, man habe die **Abhängigkeit vom russischen Öl von 35 auf 12 Prozent verringern** können. Der Verzicht auf diese Energie scheint nicht mehr utopisch. Warum also nicht genau das auf eigene Faust tun? Verbündete in Europa ließen sich sicher finden. Den Polen und Balten geht das Embargo sowieso nicht schnell genug, sie fordern schon lange den sofortigen Ölstopp.

Die anderen größten Abnehmer, darunter die Niederlande, Italien und Finnland, könnten ebenso überzeugt werden, eine „Koalition der Willigen“ zu bilden und den russischen Ölhahn in ihre Länder kurzerhand abzdrehen. Ein solches schnelles Handeln würde Russland empfindlich schaden. Zwar ist es eine Schwäche von Sanktionen, dass sie erst langfristig wirken. Trotzdem steigen schon jetzt die Preise, vor allem in der Industrie und Logistik.

**.) Frankreich - Warum spricht niemand über russisches Uran für französische Atomkraftwerke?** : <https://hans-josef-fell.de/auch-fuer-die-atomenergie-muss-gelten-sofortiges-ende-der-abhaengigkeit-von-russland/> -

Auch für die Atomenergie muss gelten: Sofortiges Ende der Abhängigkeit von Russland!

"Ca. 70% der russischen Staatseinnahmen kommen aus den Energiegeschäften mit Erdöl, Erdgas, Kohle und **Atomenergie**. Nicht zuletzt die wegen Verknappungstendenzen im Weltmarkt aufgetreten Preissteigerungen für Energie-Rohstoffe haben Russland enorme Geldmengen verschafft, die zu einem erheblichen Teil in die atomare wie konventionelle militärische Aufrüstung gesteckt wurden und werden. Diese durch die jahrzehntelangen Energieverkäufe ermöglichte starke Aufrüstung versetzte Russland in die mächtige militärische Position, die wir heute sehen. Gleichzeitig hat die massive Abhängigkeit der EU von Energierohstofflieferungen aus Russland zu großer politischer Ohnmacht im aktuellen Konflikt um die Ukraine geführt."

"Ein Importstopp von russischem Erdgas, Erdöl, Steinkohle und **Brennelementen**

würden in der EU zu einer weit über die heutige Energiepreissteigerung hinausgehenden ökonomischen Belastung führen."

**.) Europa und Ukraine-Krieg: Wettbewerb der Arroganz**, „Die Bürger sind solidarischer und vernünftiger als die Staaten. Unter denen herrscht ein unguter Wettbewerb darüber, wer moralisch überlegen ist :

<https://taz.de/Europa-und-Ukraine-Krieg/!5850574/> -

Die Bürger sind solidarischer und vernünftiger als die Staaten. Unter denen herrscht ein unguter Wettbewerb darüber, wer moralisch überlegen ist.

Vor ein paar Tagen wurden wir in der Berliner U-Bahn von einer Frau angesprochen. Sie fragte, wie man zum Alexanderplatz kommt. Lena – so ihr Name – war Ukrainerin, sie kam in der ersten Märzwoche in Berlin an, ganz allein. Da sie einen starken Akzent hatte, wechselten wir zu unserem eher eingerosteten Russisch und erklärten, dass unsere Generation in Polen die Sprache nur in der frühen Kindheit gelernt hatte. Nach 1989 musste niemand mehr „bukvy“, das kyrillische Alphabet, studieren. „Ich danke Polen und seinem ganzen Volk“ – sagte sie gerührt. Und sie war dankbar für die Hilfe Deutschlands.

Das ist das Berlin von heute, das ist Mittel- und Osteuropa. Und so sieht der [Krieg in der Ukraine](#) auf einer höchst individuellen, persönlichen Ebene aus. Es geht um gegenseitige Hilfe, um den Austausch von Telefonnummern, manchmal auch um ein Treffen zum Kaffee mit jemandem, der allein in einer fremden Stadt lebt. Sowohl die Polen als auch die Deutschen zeigen Solidaritätseifer.

Anders sieht es aus, wenn es um die Beziehungen zwischen Ländern geht. Mehr als siebenzig Tage sind seit Kriegsbeginn vergangen, und die Stimmung wandelt sich. Noch vor einem Monat, als der Krieg in der Ukraine noch etwas Neues war, zeigten sich, transportiert über die Medien, kollektive Emotionen. Der Krieg war ein Katalysator für die kollektive Angst.

In Osteuropa hat diese Angst eine existenzielle Dimension. Die Ukraine, aber auch Polen und die baltischen Staaten fürchten um ihre Existenz. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat ihnen gezeigt, dass sie verschwinden können. Der Krieg erinnert sie an die verschiedenen Gesichter des mindestens 300 Jahre alten russischen Imperialismus in der Region. Zarismus, Kommunismus und [Putinismus verschmelzen](#) zu einer einzigen Bedrohung. Die westeuropäischen Länder hingegen dachten bis vor Kurzem vor allem an den Slogan „Nie wieder!“. Die Menschen hingegen fürchten



über Grenzen hinweg einen europaweiten Krieg.

In der heutigen internationalen Politik ist jedoch der Wettbewerb der Ängste durch einen Wettbewerb der moralischen Überlegenheit und in einigen Fällen auch der Arroganz ersetzt worden. Plötzlich scheinen viele europäische Länder zu glauben, dass sie Russland am besten verstehen und dass sie allein die Lösung des Konflikts kennen. Polen – weil es Erfahrungen mit der langen Geschichte der russischen Besatzung hat. [Deutschland – weil viele Menschen](#) hier immer noch auf eine Rückkehr zu „Wandel durch enge Beziehungen“ setzen.

**.) Alle Frauen und Kinder evakuiert**, , Aus dem Stahlwerk Azowstal in Mariupol wurden die letzten Frauen und Kinder evakuiert. Olaf Scholz forderte Putin auf, seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/kiew-alle-frauen-und-kinder-aus-asow-stahlwerk-evakuiert,T5AONNc> -

Olaf Scholz forderte Putin auf, seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen.

Aus dem belagerten Stahlwerk Azowstal in der ukrainischen Hafenstadt Mariupol sind offiziellen Angaben zufolge die letzten Frauen, Kinder und älteren Menschen evakuiert worden. „Dieser Teil der humanitären Operation in Mariupol ist abgeschlossen“, schrieb die ukrainische Vize-Regierungschefin Iryna Wereschtschuk am Samstag im Nachrichtendienst Telegram. Ob unter den verbliebenen Männern noch Zivilisten sind, ließ sie zunächst offen. Auf dem Werksgelände haben sich weiter die letzten verbliebenen ukrainischen Kämpfer verschanzt, die sich den russischen Truppen entgegen stellen.

.) Dank euch, Befreier : <https://www.jungewelt.de/artikel/426023.kampf-um-die-geschichte-dank-euch-befreier.html> - Nachlass Arno Mohr/Andreas Wessel

Arno Mohr, »Junges Paar am Treptower Ehrenmal«, veröffentlicht 1975 in der jW-Mappe »Internationale Grafik zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee« Feierstimmung mag sich zum Jahrestag des Siegs über den Faschismus an diesem 8. Mai nicht recht einstellen. In Teilen der durch die Sowjetarmee von der Hitlerwehrmacht befreiten Gebiete herrschen heute wieder Krieg und Zerstörung, werden Zivilisten in die Flucht und ins Elend getrieben. Der Aggressor, so die Mehrheitsmeinung im NATO-geführten Westen, heißt diesmal allerdings Russland. Der Gang der Ereignisse lässt auch wenig Raum für eine andere

Deutung: Moskau hat mit seinem gegen die Ukraine entfesselten Angriffskrieg internationales Recht verletzt. Da fällt es schwer, Verständnis, gar antifaschistische Solidarität zu zeigen, selbst wenn das Regime in Kiew engstens mit ultrarechten Akteuren verbandelt und deren Ideologie längst Teil der Staatsdoktrin geworden ist. Von seinen seit acht Jahren unter den Augen der Weltöffentlichkeit verübten Massakern an der Bevölkerung des Donbass ganz zu schweigen.

Doch kennt dieser Konflikt weit mehr Akteure als diese beiden Parteien. Ihre Motive und Handlungen gehören mit in die Gesamtrechnung, wie überhaupt die ganze komplexe Vorgeschichte: das aggressiv gegen Russland wie China gerichtete Hegemoniestreben Washingtons und seiner Verbündeten. Keineswegs nur ein Nebenaspekt: In diesem Stellvertreterkrieg geht es auch um eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, darum, der Russischen Föderation als Rechtsnachfolgerin der UdSSR den unter unfassbaren Opfern errungenen Sieg wieder aus den Händen zu reißen. Es tobt ein Kampf um die Geschichte.

Erstmals seit 1945 begegnet Berlin Moskau offen als Kriegspartei. Deutsche Soldaten stehen im Baltikum an der russischen Grenze. Russophobie grassiert und wird medial angeheizt, Ehrenmale für die Rote Armee werden bundesweit geschändet, das Zeigen der Sowjetfahne gilt als Kriegsverherrlichung und wird kurzerhand verboten. Unterdessen träumt eine grüne Außenministerin davon, Russland in einem neuen Vernichtungsfeldzug zu »ruinieren«. Bald schon rollt wieder deutsches Kriegsgerät gen Osten.

Was bleibt? Ewiger Dank den Befreiern von der faschistischen Pest, allen voran den Soldatinnen und Soldaten der multinationalen Roten Armee, die die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte. Für Heldenverehrung ist indes wenig Raum an diesem 8. Mai, viel dagegen für kämpferische Forderungen nach Frieden: Schluss mit NATO-Waffenlieferungen, Eskalation und Kriegshetze, Friedensverhandlungen jetzt! Auch im Gedenken an die unermesslichen Opfer der Befreier.